



**Celia Eisele**

## Europa im parlamentarischen Alltag

Die Europäisierung der Bundestagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

**TAIF Nr. 7/2012**

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

**Institut für Politikwissenschaft**



## **Über die Autorin**

Celia Eisele (\*1985) hat im Jahr 2011 ihr Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie an der Eberhard Karls Universität Tübingen als Magistra Artium abgeschlossen. Die folgende Arbeit wurde in ihrer Vollversion vom Förderverein für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen e. V. mit dem Preis für eine herausragende Abschlussarbeit ausgezeichnet. Celia Eisele absolvierte ein Auslandssemester an der Universität Luzern. Neben ihrem Studium war sie als freie Mitarbeiterin des Schwäbischen Tagblatts und als Praktikantin bei der Stuttgarter Zeitung sowie der Ludwigsburger Kreiszeitung tätig. Derzeit arbeitet sie als Trainee bei einer Tübinger Kommunikationsagentur.

## **About the author**

Celia Eisele (\*1985) graduated from the Eberhard Karls University of Tuebingen in 2011 with a Magister degree in Political Science and Sociology. For the full version of the present paper she was awarded a price for an outstanding thesis by the friends of Political Science at the University of Tuebingen. Celia Eisele spent one semester at the University of Lucerne, Switzerland. She also previously worked as a freelancer for the newspaper "Schwäbisches Tagblatt" and as an intern for the "Stuttgarter Zeitung" and the "Ludwigsburger Kreiszeitung". Currently she works as a trainee for a communications agency in Tuebingen.

## **Zusammenfassung**

Die europäische Integration führt zu erheblichen Veränderungen innerhalb der politischen Systeme der Mitgliedsstaaten, die unter dem Schlagwort „Europäisierung“ intensiv erforscht werden. Die folgende Arbeit nimmt am Beispiel der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag eine Akteurskategorie in den Blick, die dabei trotz ihrer Relevanz für die Europäisierung der nationalen Parlamente bislang unbeachtet geblieben ist. Es wird ein institutionalistischer Theorieansatz entwickelt, um die Europäisierung der Fraktion in vier Dimensionen zu untersuchen: die Bildung fachlicher Expertise, die Etablierung von Informationskanälen, die interne Koordinierung der Europapolitik sowie mögliche Versuche, politischen Einfluss direkt auf der EU-Ebene geltend zu machen. Die empirische Analyse beruht auf der Befragung von 13 Mitgliedern und Mitarbeitern der Bundestagsfraktion sowie der Europagruppe im Europäischen Parlament. Die Studie liefert einen Erkenntnisgewinn in empirischer wie in theoretisch-konzeptioneller Hinsicht: Mit der empirischen Untersuchung trägt sie zu einem umfassenderen Verständnis der Europäisierung des Bundestages bei. Mit der Erarbeitung und Prüfung eines fraktionenspezifischen Theorieansatzes wird die Reichweite der Europäisierungsforschung auch im theoretischen Sinne ergänzt.

## **Abstract**

European integration has led to considerable changes within the political systems of the member states. This phenomenon is known as “Europeanisation” and has been subject to intensive research. The following study of the Green parliamentary group (Bündnis 90/Die Grünen) in the German Bundestag exemplifies the Europeanisation of a category of actors that has so far remained unstudied in spite of its relevance for the Europeanisation of national parliaments in general. An institutionalist approach is developed to explore four dimensions of the parliamentary group’s Europeanisation: the formation of specialist expertise, the establishment of information channels, the internal coordination of European policy as well as attempts to assert political influence directly on EU level. The empirical analysis is based upon oral and written interviews of 13 members and employees of the Green parliamentary group and the German delegation in the European Green parliamentary group. The benefit of the study is of empirical as well as theoretical nature: the empirical analysis contributes to a more comprehensive understanding of the Europeanisation of the Bundestag. Furthermore, the development and testing of a specific approach for the analysis of parliamentary groups increases the theoretical scope of Europeanisation studies.

Universität Tübingen

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Institut für Politikwissenschaft

Arbeitsbereich Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration

**Prof. Dr. Gabriele Abels**

Jean-Monnet-Professorin

Melanchthonstraße 36, D- 72074 Tübingen

Telefon +49 7071 29-78369, Telefax +49 7071 29-2417

E-Mail: [ifp.taif@uni-tuebingen.de](mailto:ifp.taif@uni-tuebingen.de)

Homepage: <http://tobias-lib.ub.uni-tuebingen.de/portal/TAIF/>

Copyright: Prof. Dr. Gabriele Abels

Tübingen 2012

Herausgeber: Gabriele Abels, Martin Große Hüttmann

Redaktion: Jennifer Träsch

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und ausschließlich in der von der TAIF-Redaktion veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert! – darf dieses Dokument von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Theoretischer Rahmen und Forschungsstand	4
2.1 Europäisierung: Gegenstände und Theorieansätze	5
2.2 Die nationalen Parlamente in der EU: Theorie und Forschungsstand	8
2.3 Fraktionen und Europäisierung: Entwicklung eines Theorieansatzes	9
3. Die Anpassung der grünen Bundestagsfraktion an ihre europäisierte Umwelt: Fallbeschreibung und Ergebnisse der Interviews	14
3.1 Fallbeschreibung: Die institutionelle Europäisierung des Bundestags und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	14
3.2 Ergebnisse der Interviews: Zuständigkeiten und Aktivitäten in der Europapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	16
4. Analyse und Hypothesenprüfung	31
4.1 EU-Expertise	31
4.2 Informationskanäle	32
4.3 Fraktionsinterne Koordinierung der EU-Politik	36
4.4 Einflussnahme auf der europäischen Ebene	40
5. Fazit und Ausblick	41
6. Literaturverzeichnis	45

## 1. Einleitung

Der Deutsche Bundestag drückt sich vor seiner Verantwortung: So lässt sich das mit Spannung erwartete „Lissabon-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 zuge-spitzt zusammenfassen. Gegenstand war die Umsetzung des neuen EU-Vertrags in deut-sches Recht. Die Richter werteten das Begleitgesetz<sup>1</sup> zum Zustimmungsgesetz zum Lissa-bon-Vertrag anders als das Zustimmungsgesetz selbst in Teilen als grundgesetzwidrig, da sie die Beteiligungsrechte des Parlaments nicht ausreichend darin verankert sahen (Bundes-verfassungsgericht 2009). Sie forderten den Bundestag auf, seiner „Integrationsverantwor-tung“ besser nachzukommen. Den Verfassungsrichtern ging es darum, dass der Bundestag Entscheidungen über Kompetenzerweiterungen der EU nicht aus der Hand geben dürfe. Ohne seine Billigung dürfe die Bundesregierung in Brüssel einem vereinfachten Vertragsän-derungsverfahren nicht zustimmen. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass die Gemeinschaft sich selbst weitere Kompetenzen aneigne – ein Verstoß gegen das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung.

In manchen Medienberichten wurde der Bundestag als Hund, der zum Jagen getragen werden muss, dargestellt. Das Parlament, so der Tenor vieler Beiträge, habe seine Rechte willfährig hingegeben und sei von den Karlsruher Richtern „juristisch an den Schultern ge-packt und kräftig durchgeschüttelt“ worden (Wefing 2009). Der vorliegende Beitrag nimmt das Urteil zum Anlass, eine neue Perspektive auf den Umgang des Bundestages mit der europäischen Integration einzunehmen: In der Diskussion über das Lissabon-Urteil wird oft übersehen, dass dieses zwar formal die Institution Bundestag anspricht, realiter jedoch die einzelnen Fraktionen in die Pflicht nimmt. Schließlich sind sie die zentralen Handlungseinhei-ten des Parlaments: Sie beschicken die Ausschüsse mit Abgeordneten und sie entscheiden intern über die im Plenum und in den Ausschüssen vorgebrachten Positionen, kurz: Fraktio-nen machen den Bundestag arbeitsfähig (vgl. Hesse/Ellwein 2004, Ismayr 2000, Sontheimer et al. 2007). Obwohl der Bundestag daher als ausgesprochenes „Fraktionenparlament“ be-zeichnet werden kann (Schüttemeyer 1999: 42), wurde der Bedeutung der Fraktionen für die „Europafähigkeit“ des Bundestages – das heißt, für sein Vermögen, sich europapolitisch ein-zubringen und europäische Politiken umzusetzen (vgl. Schächtelin 2009: 156f) – bislang kaum Beachtung geschenkt. In diese Lücke stößt die vorliegende Forschungsarbeit vor. Sie fragt danach, wie sich die Fraktionen des Bundestages auf die europäische Integration ein-gestellt haben. Mit einer beispielhaften Untersuchung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (im Folgenden kurz: die Grünen) ergänzt sie den bestehenden Literaturkorpus über die Europäisierung des Bundestages um einen wichtigen Aspekt. Die zentrale Forschungs-frage lautet: Wie hat sich die Bundestagsfraktion der Grünen europäisiert?

Die Arbeit reiht sich in die umfangreiche politologische Forschungsrichtung ein, die sich seit den 1990er Jahren unter dem Schlagwort „Europäisierung“ mit den Auswirkungen der

---

<sup>1</sup> Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Bundestagsdrucksache 16/8489 vom 11.03.2008).

europäischen Integration auf die EU-Mitgliedsstaaten befasst. Ein besonderes Interesse wird dabei den nationalen Parlamenten zuteil. Ihre Rolle als nationaler Gesetzgeber ist von der Einbindung ihres jeweiligen Staates in das europäische Mehrebenensystem berührt. Denn ein beträchtlicher Teil der im nationalen Raum verabschiedeten Gesetze geht auf europäische Impulse wie Richtlinien, Verordnungen, Rahmenregelungen, Urteile des Europäischen Gerichtshofes oder gemeinschaftliche Programme zurück (vgl. Töller 2004: 32ff). Dazu kommt, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten einen Informationsvorsprung vor ihren Parlamenten haben, da sie über den Rat direkt an der Rechtsetzung auf der europäischen Ebene beteiligt sind. Dadurch kann die parlamentarische Kontrollmöglichkeit beeinträchtigt werden. Auf diese veränderten Umstände haben alle mitgliedstaatlichen Parlamente inzwischen durch institutionelle Anpassungen reagiert. Der Bundestag hat seine europapolitischen Rechte im Grundgesetz verankert, einen Ausschuss für die Angelegenheiten der EU eingerichtet sowie die Strukturen der Parlamentsverwaltung durch die Gründung eines Europareferats mit Verbindungsbüro in Brüssel an den gestiegenen Informationsbedarf angepasst.

Die Beschreibung und Analyse dieser institutionellen Entwicklung und der Vergleich mit anderen Ländern ist Gegenstand zahlreicher Publikationen (vgl. Fuchs 2004, Hansen/Scholl 2002, Janowski 2005, Schäfer 2006, Sprungk 2012, Sterzing/Tidow 2001, Töller 2004). Dabei wird dem Bundestag oft ein relativ geringes europapolitisches Engagement bescheinigt (vgl. Brosius-Linke 2009, Saalfeld 2003, Töller 2004). So hat er nicht nur verhältnismäßig lang gezögert, sein Verhältnis zur Bundesregierung in der Europapolitik und seine Mitsprache- und Kontrollrechte grundgesetzlich zu regeln, er nutzt diese institutionellen Möglichkeiten auch recht zurückhaltend. Mit wenigen Ausnahmen gehen die Europäisierungsstudien allerdings nur auf den Bundestag als kollektiven Akteur ein. Daneben liegen erste Arbeiten über das europapolitische Engagement einzelner Abgeordneter vor (vgl. Auel 2006b, Kropp et al. 2012). Die Ergebnisse beider Forschungsrichtungen machen deutlich, dass institutionelle Europäisierungsschritte des Bundestages insgesamt kein Garant für eine effektive parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle sind. Damit die vorhandenen institutionellen Möglichkeiten des Bundestages wirksam werden können, müssen die einzelnen Fraktionen organisatorisch und personell auf die Befassung mit Europapolitik und Unionsvorlagen vorbereitet sein.

Der vorliegende Beitrag geht von der Annahme aus, dass sich Fraktionen nationaler Parlamente an diese Aufgaben anpassen, da sie nur so ihre politische Handlungsfähigkeit in einer stark europäisierten Umwelt aufrechterhalten können. Es liegt also kein unmittelbarer Anpassungsdruck im Sinne des in der einschlägigen Literatur verbreiteten „goodness-of-fit“-Ansatzes von Börzel und Risse (2003) vor, sondern ein indirekter Europäisierungsmechanismus. Theorieansätze aus der Europäisierungsliteratur sind auf diese Situation nicht bruchlos übertragbar. Für die Studie wird daher ein fraktionenspezifischer Ansatz erarbeitet, aus dem sich überprüfbare Hypothesen über die Europäisierung einer Bundestagsfraktion ableiten lassen. Diese werden mithilfe empirischer Daten aus Interviews mit Mitgliedern und Mitarbeitern der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen analysiert, die zwischen November 2010 und Februar 2011 geführt wurden. Untersucht wird (1) die Entwicklung fachlicher Expertise im Bereich der Europapolitik, etwa durch die Schaffung neuer Referentenstellen (2)

die Etablierung und Nutzung spezifisch europapolitischer Informationskanäle nationaler, transnationaler und europäischer Ausprägung, (3) die Ausbildung von Routinen und Zuständigkeiten in der fraktionsinternen Koordinierung der Europapolitik und schließlich (4) die Nutzung direkter Kontakte zur EU-Ebene für eine direkte Einflussnahme auf europäische Gesetzgebungsvorhaben.

Mit der diesem Artikel zugrundeliegenden Studie wird erstmals gezeigt, was Europäisierung bezogen auf eine Bundestagsfraktion konkret bedeutet. Sie trägt damit zu einem umfassenderen Verständnis der Europäisierung des Bundestages bei. Zugleich liefert sie einen Beitrag zur aktuellen Erforschung des entstehenden Mehrebenenparlamentarismus und des damit verbundenen Wandels parlamentarischer Systeme. Darüber hinaus wird ein neuer theoretischer Ansatz zur Anwendung auf Bundestagsfraktionen entwickelt. Mit ihm werden die nationalen Parlamentsfraktionen für die Europäisierungsforschung erschlossen und das Forschungsfeld wird dadurch theoretisch weiterentwickelt. Die Arbeit trägt somit der Forderung zahlreicher Forscher nach einer stärkeren Berücksichtigung von Handlung und Akteuren bei der Untersuchung des Europäisierungsstandes nationaler Parlamente sowie deren theoretischer Konzeptualisierung Rechnung (vgl. Auel 2006b, Holzhacker 2007: 151, Kropp et al. 2012, Raunio 2009: 318, Töller 2004: 50).

Im Folgenden wird in Kapitel 2 zunächst der Begriff der Europäisierung definiert. Es folgt ein knapper Überblick über Theorieansätze und den Forschungsstand bezogen auf die nationalen Parlamente der EU. Im zweiten Teil des Kapitels wird der auf Fraktionen bezogene Europäisierungsansatz entwickelt. Kapitel 3 enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Interviews, die im darauffolgenden Kapitel unter der zentralen Fragestellung analysiert werden. Das Fazit in Kapitel 5 umfasst eine kurze Diskussion des eingangs konstruierten theoretischen Ansatzes auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse und einen Ausblick auf Anknüpfungsmöglichkeiten in der weiteren Forschung.

## **2. Theoretischer Rahmen und Forschungsstand**

Seit Beginn der europäischen Integration in den 1950er Jahren haben die Mitgliedsländer der Europäischen Union die Zuständigkeit für immer mehr Politikbereiche teilweise oder vollständig an die Staatengemeinschaft übertragen. Der Transfer und die Teilung von Entscheidungskompetenzen sowie der Aufbau supranationaler Institutionen haben zu einer wechselseitigen Durchdringung der nationalstaatlichen und europäischen Politikprozesse geführt. Die Europäisierungsforschung liefert einen wichtigen Beitrag zur Untersuchung des Wandels parlamentarischer Systeme im europäischen Kontext, der unter dem Stichwort „Mehrebenenparlamentarismus“ (Maurer 2001) bzw. „multi level parliamentary field“ (Crum/Fossum 2009) diskutiert wird (vgl. auch die Beiträge in Abels/Eppler 2012). Sie berührt somit Fragen, die sowohl demokratietheoretisch als auch für die politische Praxis relevant sind.

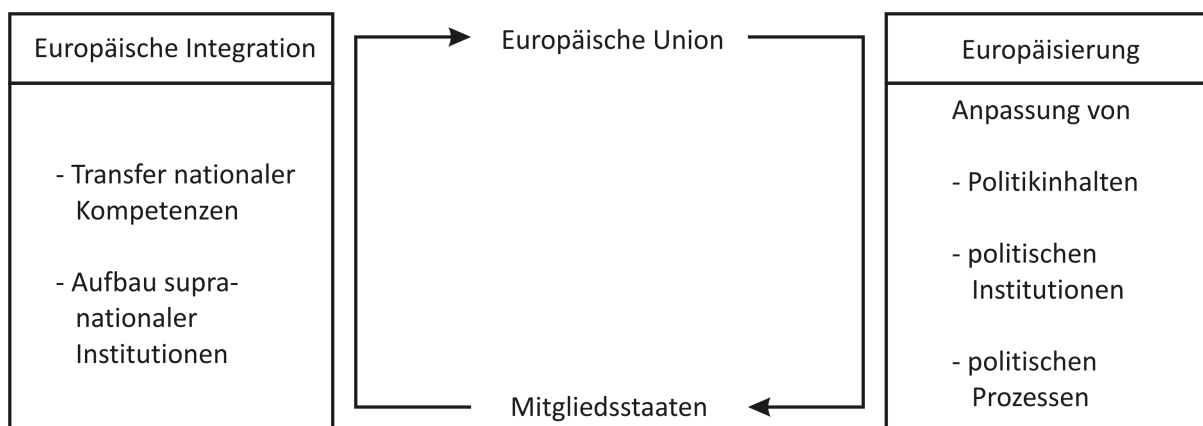


## 2.1 Europäisierung: Gegenstände und Theorieansätze

Das Forschungsfeld der Europäisierung hat seit Mitte der 1990er Jahre einen Boom erfahren (vgl. Axt et al. 2007, Auel 2006a, Ladrech 2010, Vink/Graziano 2007).<sup>2</sup> Das Interesse speist sich aus unterschiedlichen Quellen (vgl. Lodge 2006). Zum einen legte das immer weiter ausdifferenzierte politische System der EU zu einem gewissen Zeitpunkt die Frage nahe, wie sich die europäischen Politikprozesse auf der nationalen Ebene auswirken. Solche Auswirkungen waren auch für Laien immer deutlicher spürbar – etwa in Form des Schengenraums, des Binnenmarktes oder der gemeinsamen Währung – und auch die nationalen Parlamente begannen, sich mit dem Themenfeld zu befassen. Auch aus einer demokratietheoretischen Perspektive ist das Thema relevant, stellt sich doch die Frage, inwiefern die Mitgliedschaft in der Union die demokratische Qualität der nationalen Herrschaft berührt – und inwiefern das supranationale System selbst als demokratisch gelten kann sowie welchen Beitrag die nationalen politischen Organe dazu leisten können.

Mit der starken Expansion der Europäisierungsforschung sind auch zahlreiche Europäisierungsbegriffe entstanden, die sich teils in Nuancen, teils grundlegend unterscheiden (vgl. Auel 2006a, Axt et al. 2007, Ladrech 2002: 391ff, Radaelli 2003: 30). Die meisten Autoren nehmen eine „top-down“-Perspektive ein, die sich für die Folgen der europäischen Integration für die politischen Institutionen, Politiken und politischen Entscheidungsprozesse der Mitgliedsstaaten interessiert und die von der „bottom-up“-Perspektive der Integrationsforschung abzugrenzen ist (Abb. 1, vgl. Hix/Goetz 2000, Lodge 2006).<sup>3</sup>

Abbildung 1: Integrations- und Europäisierungsprozess



Quelle: eigene Darstellung (nach Börzel 2003: 3, Radaelli 2004)

<sup>2</sup> Hinter dem gemeinsamen Interesse zahlreicher Wissenschaftler aus der Integrationsforschung, der Systemanalyse, der vergleichenden Politikwissenschaft und den Internationalen Beziehungen verbirgt sich eine Vielzahl unterschiedlicher Erkenntnisinteressen und Fragestellungen. Gegenstand der folgenden Ausführung ist ausschließlich die politologische Europäisierungsforschung. Der Begriff wird daneben auch in anderen Forschungsdisziplinen verwandt, vgl. Featherstone 2003, Olsen 2002.

<sup>3</sup> Obwohl sich die Europäisierungsforschung auch intensiv mit der Umsetzung europäischer Politiken in den Mitgliedsstaaten befasst, ist sie nicht mit der Implementationsforschung gleichzusetzen. Europäisierungseffekte können, müssen aber nicht durch Implementierung entstehen. Selbst bei mangelhafter Implementierung können Europäisierungseffekte auftreten (vgl. Knill 2010).

Im Folgenden wird unter Europäisierung mit Ladrech (1994: 69, zitiert nach Ladrech 2002: 392) verstanden: „an incremental process re-orienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making“. Mit „organizational logic“ meint Ladrech den „adaptive process of organizations to a changed or changing environment“. Diese Definition ist spezifisch genug, um Europäisierung klar von thematisch verwandten Phänomenen zu unterscheiden, und weit genug, um sowohl direkte als auch indirekte Kausalmechanismen einzuschließen.

Generell umfasst die EU-Wirkungsforschung Entwicklungen in allen Dimensionen von Politik: Polity, Policy und Politics (vgl. Abb. 1). Zahlreiche Studien über die Veränderung von *Politikfeldern* in Mitgliedsstaaten haben gezeigt, dass ein und dieselbe EU-Policy in verschiedenen Ländern unterschiedliche Effekte hervorrufen kann (vgl. Héritier 2001, Graziano/Vink 2007). Viel Aufmerksamkeit erfahren auch *Institutionen* der EU-Staaten (vgl. Graziano/Vink 2007, Große Hüttmann/Knodt 2000). Auch hier lassen sich gemeinsame Reaktionsmuster über verschiedene Staaten hinweg feststellen, jedoch keine Konvergenz. Der konkrete Verlauf der Europäisierung ist institutionenabhängig (vgl. Börzel 2000, Olsen 2002). Im Bereich der weniger prominent vertretenen *Politics*-Dimension werden Prozesse, Strategien und organisatorische Veränderungen in politischen Parteien der Mitgliedsstaaten sowie in Interessengruppen untersucht (vgl. Ladrech 2010). Ein Großteil der Europäisierungsstudien geht implizit oder explizit von institutionalistischen Grundannahmen aus. Demnach spielt für die Ausprägung der Europäisierung gemäß dem Leitgedanken „institutions matter“ das jeweilige Institutionengefüge eines Staates eine zentrale Rolle (vgl. Axt et al. 2007, Featherstone 2003, Goetz/Meyer-Sahling 2008, Vink/Graziano 2007).

Dennoch spiegelt sich die große Bandbreite an Untersuchungsgegenständen in einer Vielfalt an theoretischen Ansätzen mittlerer Reichweite wider (Auel 2006a: 313, Olsen 2002: 23, Radaelli 2004; vgl. Tab. 1). Zweck ist jeweils, den vorliegenden Mechanismus der Europäisierung zu identifizieren, also plausibel darzustellen, *wie* die europäische Integration Veränderungen auf der nationalen Ebene auslöst. Besonderen Anklang hat der „*goodness-of-fit*“-Ansatz gefunden, der von Börzel und Risse (2003) sowie von Cowles, Caporaso und Risse (2001) für den Bereich der *positiven Integration* entwickelt wurde. Grundannahme ist, dass Europäisierungseffekte entstehen, wenn ein Anpassungsdruck von der europäischen Ebene ausgeht (vgl. Auel 2006b, Börzel/Risse 2003, Ladrech 2010). Dies ist dann der Fall, wenn zwischen einer Vorgabe der EU und den nationalen Gegebenheiten eine Inkompatibilität, ein „Misfit“, besteht. Das Ausmaß des Anpassungsdrucks hängt vom Ausmaß dieses „Misfits“ ab. Je geringer die Kompatibilität zwischen europäischen Institutionen oder Policys und nationalen Institutionen oder Policys – je größer also der „policy misfit“ oder der „institutional misfit“ –, desto höher der Anpassungsdruck. Allerdings ist Inkompatibilität nur notwendige Bedingung. Ob und in welcher Ausprägung es tatsächlich zu einer Anpassung kommt, hängt von innerstaatlichen institutionellen Faktoren ab. Entscheidend sind hinreichende Bedingungen wie Vetospieler, die formale Ressourcenausstattung nationaler Akteure, „norm entrepreneurs“ als Promotoren des Wandels, sowie die nationale politische Kultur.

Tabelle 1: Europäisierungsmechanismen

Policy-Typ	Positive Integration	Negative Integration	Horizontale Kooperation
Beispiele für Politikbereiche	Umweltpolitik, Agrarpolitik	Binnenmarkt, markt-schaffende Policies	GASP/GSVP, Offene Methode der Koordinierung
Europäisierungsmechanismus	„goodness of fit“	regulativer Wettbewerb	„soft framing“
Erklärung nationaler Anpassung/ Varianz	formale (Vetospiele, Ressourcen) und informelle („norm entrepreneurs“, politische Kultur) Faktoren	Opportunitätsstruktur/ Ressourcenausstattung, strategische Nutzung	dominante Ideen, Lernprozesse

Quelle: eigene Darstellung nach Auel 2006a, Knill/Lehmkuhl 1999

Da der „goodness-of-fit“-Ansatz konkrete europäische Vorgaben voraussetzt, kann er im Bereich der *negativen Integration* nicht angewandt werden. Hier hängen Auftreten und Ausprägung nationaler Veränderungen davon ab, wie der europäische Einfluss die Opportunitätsstruktur, das heißt das Kräfteverhältnis zwischen Akteuren, in der nationalen politischen Arena verändert (vgl. Knill/Lehmkuhl 1999). Wenn bestimmte Handlungsstrategien aufgrund europäischer Bestimmungen nicht mehr zulässig sind, werden diejenigen Akteure gestärkt, die alternative Strategien propagieren oder verfolgen. Der Europäisierungsmechanismus der negativen Integration ist daher kein „Misfit“, sondern ein *regulativer Wettbewerb*, durch den der europäische Einfluss sozusagen „die Karten neu mischt“. Wie dies im Einzelnen geschieht, hängt von der Ressourcenausstattung der jeweiligen Akteure im nationalen Raum ab und davon, wie diese die neuen Opportunitätsstrukturen nutzen. Ein wiederum anderer Europäisierungsmechanismus liegt in Bereichen vor, in denen die EU lediglich *horizontale Impulse* aussendet. Hier stellen intergouvernementale Kooperationen und Diskussionsforen im Modus des „arguing“ oder unverbindliche Vorschläge der Kommission neue Politikoptionen bereit. Im nationalen Raum können sie die Problemwahrnehmung von Akteuren beeinflussen und Lernprozesse auslösen, beispielsweise durch die Verbreitung von „best practice“-Modellen. Akteure können gestärkt werden, wenn neue Ideen verbreitet und ihnen durch supranationale Institutionen zusätzliche Legitimation verliehen wird. Europäisierung aufgrund horizontaler Impulse erfolgt dann durch einen Mechanismus des „soft framing“. Während also der „goodness-of-fit“-Ansatz institutionenzentriert ist, bieten die beiden anderen Europäisierungsmechanismen eher akteurszentrierte Erklärungen.

## 2.2 Die nationalen Parlamente in der EU: Theorie und Forschungsstand

Die nationalen Parlamente der EU-Staaten gehören anders als ihre Fraktionen zu den am intensivsten untersuchten Gegenständen der Disziplin. Neben ihrer Legitimationsfunktion für das politische System der EU (vgl. Benz 2004: 875, Benz/Broschek 2010, Maurer 2001) – häufig unter dem Schlagwort des „demokratischen Defizits“ des Gesamtsystems thematisiert (vgl. Abels 2009, Follesdal/Hix 2005, Janowski 2005, Raunio 2009, Scharpf 2009, Weßels 2003, Winter 2004, abweichend Majone 2000, Moravcsik 2002) – wird zunehmend und nicht zuletzt aufgrund der entsprechenden Regelungen im Vertrag von Lissabon<sup>4</sup> ihre Rolle als Wächter über deren Subsidiarität und ein Wandel ihrer europapolitischen Rolle diskutiert (vgl. Beichelt 2009, Sprungk 2012). Maurer (2002) etwa konstatiert eine duale Legitimation der EU, die in einem System des Mehrebenenparlamentarismus zum einen über die direkt gewählten nationalen Parlamente, zum anderen über das ebenfalls direkt gewählte EP sichergestellt wird. Die demokratietheoretische Bedeutung der nationalen Parlamente ist ein Grund mehr, sich im Detail auch mit ihren Fraktionen zu befassen.

Auf den legislativen Spielraum der nationalen Parlamente hatte die europäische Integration eine zunehmend restringierende Wirkung (vgl. Töller 2004). Von vielen Politologen werden sie als Verlierer der europäischen Integration betrachtet (vgl. Benz/Broschek 2010, Börzel 2000, Follesdal/Hix 2005: 4f, Holzacker 2007, Ladrech 2009, Maurer 2001, Sprungk 2012, Töller 2004). Begründet wird dies damit, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten als Teil der europäischen Legislative Aufgaben übernommen haben, die zuvor den Parlamenten vorbehalten waren, und dass sie bei der EU-Gesetzgebung in einer Sphäre agieren, die den herkömmlichen Raum der parlamentarischen Kontrolle übersteigt. Ob es durch den Integrationsprozess in allen Mitgliedsländern zu einer Deparlamentarisierung gekommen ist oder ob eine bereits vorhandene Deparlamentarisierungstendenz verstärkt wurde, ist in der Fachliteratur umstritten (vgl. Goetz/Meyer-Sahling 2008). Gerade vor dem Hintergrund des Lissabon-Vertrags werden auch Reparlamentarisierungstendenzen und ein Funktionswandel diskutiert (vgl. die Beiträge in Abels/Eppler 2012). Einigkeit besteht dagegen weitgehend darüber, dass die *nationalen Exekutiven* gegenüber den Parlamenten gestärkt wurde (vgl. Raunio/Hix 2000: 152ff). Um der Kontrollaufgabe gegenüber der Exekutiven auch in der Europapolitik nachkommen zu können und die wachsende Anzahl europapolitischer Gesetzesvorlagen bewältigen zu können, haben die nationalen Parlamente spezielle *Ausschüsse für EU-Angelegenheiten* gegründet, deren Hauptaufgabe in der Koordination der parlamentarischen Kontrolle der EU-Politik der Exekutive liegt (vgl. Raunio 2009: 317). Bei der Ausstattung mit formalen Rechten und den faktischen Möglichkeiten der Ausschüsse sowie ihrem Verhältnis zum Plenum unterscheiden sich die Mitgliedsländer teils deutlich (vgl. Janowski 2005). Als erklärende institutionelle Variablen nennen vergleichende Studien die innerstaatliche Kompetenzverteilung, Interaktionsformen und Beziehungsmuster zwischen Exekutive und Legislative sowie die öffentliche Meinung zur Integration (Benz 2004, Hansen/Scholl 2002, Janowski 2005, Maurer/Wessels 2001, Raunio 2005). Insgesamt gilt bislang relativ wenig über die Mechanismen und Dynamiken der Europäisierung nationaler Parlamente als

---

<sup>4</sup> Amtsblatt der Europäischen Union Nr. 83 vom 30.03.2010.

bekannt und unumstritten. So konstatiert etwa Raunio (2009): „There is [...] a demand for more theory-driven analyses of actual behaviour that extend beyond describing formal procedures and organisational choices.” (2009; 318, vgl. auch Auel 2005, Auel 2006b, Goetz/Meyer-Sahling 2008, Holzacker 2007: 151, Töller 2004: 50) Genau diesem Erfordernis gelten die folgenden Kapitel – bezogen auf die Bundestagsfraktion der Grünen.

### 2.3 Fraktionen und Europäisierung: Entwicklung eines Theorieansatzes

Einschlägige Studien haben belegt, dass der einzelne Abgeordnete wenig Anreiz hat, sich in EU-Themen zu engagieren (Saalfeld 2003, vgl. Auel 2006b, differenzierter Kropp et al. 2012). Der einzelne Abgeordnete als individueller Nutzenmaximierer scheidet somit als Antrieb der Europäisierung einer Fraktion weitgehend aus. Auch der „goodness-of-fit“-Ansatz als bekanntester Europäisierungsansatz hilft bei der Analyse einer Bundestagsfraktion nicht weiter. Denn die EU sieht für die nationalen Parlamente und ihre Fraktionen, anders als für die nationalen Regierungen, keine institutionelle Rolle im Entscheidungsprozess vor. Sie sind am europäischen Policymaking nur über die jeweilige Regierung beteiligt, indem sie europäisches Recht formal in nationales Recht umsetzen – allerdings nicht im direkten Austausch mit EU-Institutionen (vgl. Ladrech 2010: 71ff). Sie haben daher anders als die nationalen Regierungen keine direkten Anreize, sich durch Anpassungsleistungen effektiv in das europäische Policymaking einzubringen, weshalb der Misfit-Ansatz auf ihre Situation und somit auch die der nationalen Parlamentsfraktionen nicht ohne Bruch übertragen werden kann.<sup>5</sup>

Dagegen gilt es innerhalb der Europäisierungsliteratur als unbestritten, dass sich die Situation der nationalen Parlamente und somit das primäre Handlungsfeld der Bundestagsfraktionen infolge der europäischen Integration verändert (vgl. Raunio/Hix 2000: 152ff). Geht man davon aus, dass Fraktionen institutionell geprägte und anpassungsfähige Einheiten sind, so können diese Veränderungen nicht ohne Auswirkung bleiben. Doch der Reihe nach: Grundsätzlich ist das Handeln der Fraktionen von ihrer Umwelt, primär dem parlamentarischen Regierungssystem, institutionell bedingt.<sup>6</sup> Die maßgebliche institutionelle Prägung des Handelns der Bundestagsfraktionen ergibt sich aus ihren Funktionen im Parlament, ihren *parlamentarischen* und *Binnenorganisation*-Funktionen (vgl. Kranenpohl 1999: 33ff).

---

<sup>5</sup> Es gibt zwar Versuche, die Europäisierung nationaler Parlamente nach dem „goodness-of-fit“-Modell zu erklären (etwa Hansen/Schöll 2002), diese kommen jedoch nicht ohne die explizite oder implizite Konstruktion einer Zwischeninstanz aus, da kein direkter Anpassungsdruck von der EU auf die nationalen Parlamente ausgeht. So gehen Hansen und Schöll von einer Gleichgewichtsverschiebung im nationalen politischen System infolge der europäischen Integration aus, welche die Parlamente zur Anpassung zwingt, wollen sie ihre gewohnte Rolle im jeweiligen System weiterhin spielen. Derartige Konstruktionen stellen eine deutliche Modifikation des Misfit-Ansatzes dar.

<sup>6</sup> Institutionen sind, so die Grundidee neoinstitutionalistischer Ansätze, Mittel und Muster der Interdependenzbewältigung (vgl. Hall/Taylor 1996, Schimank 2007: 161). Sie regeln das Handeln in einer sozialen Welt, in der Menschen in zahlreichen wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnissen zueinander stehen. Institutionen setzen dem Handeln Grenzen (constraints) und eröffnen zugleich Handlungsspielraum. Viele neoinstitutionalistische Erklärungsansätze, gerade auch in der Europäisierungsforschung, greifen sowohl auf rationalistische als auch auf soziologische Hypothesen zurück, sehr prominent etwa der Misfit-Ansatz von Börzel und Risse (2003).

In Bezug auf ihre eigene *Binnenorganisation* sind Fraktionen dafür zuständig, den internen Zusammenhalt ihrer Mitglieder sicherzustellen. Sie sorgen dafür, dass diese als Teil einer Einheit handeln, die nach außen kohärent auftritt. Dazu dient eine interne Arbeitsteilung. Jedes Fraktionsmitglied deckt nur einen Teilbereich der politischen Themen seiner Fraktion ab. In allen anderen Bereichen greift das einzelne Mitglied auf die gemeinsame Position der Fraktion zurück und muss sich auf deren Expertise und Beschlüsse verlassen. Andererseits verstärkt der Rückhalt in der Fraktion seine Gestaltungsmöglichkeit auf seinem Fachgebiet. Der Fraktion kommt die Aufgabe zu, diese gemeinsame Position in einem geordneten Verfahren herzustellen, indem sie Koordinierungspraktiken entwickelt und aufrechterhält. Zu den *parlamentarischen* Funktionen der Fraktionen gehört ihre Mitwirkung an der *Repräsentationsfunktion*, der *Gesetzgebungsfunktion* sowie der *Kontrollfunktion* des Bundestages (vgl. von Beyme 2004, Ismayr 2000, Korte/Fröhlich 2004). Die Erfüllung der Parlaments- und Binnenfunktionen erfordert von den Fraktionen, Informationen aus ihrer Umwelt einzuholen, zu sortieren und zu bewerten; sie müssen Sachkenntnis in verschiedenen Politikbereichen aufbauen und sie müssen die Tätigkeiten ihrer Mitglieder koordinieren. Nur so können sie ihre Binnenorganisation sicherstellen und parlamentarisch tätig werden. Alle ihre Aktivitäten können demnach als durch ihre institutionellen Funktionen bedingt betrachtet werden.

Von einer Anpassungsfähigkeit der Institution Bundestagsfraktion an ihre Umwelt ist grundsätzlich auszugehen. Wie Parteien können auch Fraktionen, die „Parteien im Parlament“ (Kranenpohl 1999: 357), als Organisationen betrachtet werden. Bei einer Organisation handelt es sich um eine Form der geregelten Kooperation, die auf einer Zweck-Mittel-Beziehung beruht. Der „Sinn“ der Organisation liegt also in der Zielverfolgung. Insofern ist davon auszugehen, dass Fraktionen als in Wechselwirkung mit ihrer Umwelt stehende Organisationen auf Veränderungen ihrer Umwelt reagieren, wenn diese die Erreichung ihrer Ziele oder die Erfüllung ihrer Aufgaben tangieren (vgl. Ladrech 2002: 400). Aus neoinstitutionalistischer Sicht sind Organisationen dabei als konservativ zu betrachten, sodass grundlegende Reformen infolge von Umweltveränderungen nicht zu erwarten sind, sondern Anpassungen in kleinstmöglichem Umfang erfolgen und im Wesentlichen auf Systemerhaltung angelegt sind (vgl. Lodge 2006: 72).

Der Prozess der europäischen Integration erfordert eine Anpassungsleistung der Bundestagsfraktionen, wollen sie ihre Handlungsfähigkeit in ihrer europäisierten Umwelt aufrechterhalten.<sup>7</sup> Da sich viele Gesetzesvorlagen aus der EU-Arena ergeben, müssen die Fraktionen also *EU-Vorlagen verarbeiten*, wenn sie ihre im nationalen Raum definierten Aufgaben weiterhin wahrnehmen wollen. Dies betrifft nahezu alle Politikbereiche, da Europapolitik haupt-

---

<sup>7</sup> Überlegungen über indirekte Wirkungen der europäischen Integration auf Akteure, die keinem direkten Einfluss der EU ausgesetzt sind, finden sich bei Robert Ladrech (2010, 2009, 2007, 2002), der sich mit der Europäisierung nationaler Parteien beschäftigt. Diese passen sich an ihre durch die EU veränderte Umwelt an, so Ladrechts Annahme, wenn ihre primären Ziele tangiert sind: Repräsentation, Gesetzgebung und Regierungsbildung. So ist etwa zu erwarten, dass die Parteien Vorkehrungen treffen, um eine bessere Kontrolle ihres in der Regierung und somit auch in der EU tätigen Spitzenpersonals sicherzustellen, oder dass EU-Experten in den Parteien an Anzahl und Macht zunehmen. Welche Europäisierungsmechanismen als stichhaltig angesehen werden können, ist bei Weitem noch nicht abschließend geklärt. Neben rationalistischen Annahmen über die Bedeutung organisatorischer Anpassungen spielen wohl auch sozialkonstruktivistische Elemente wie die Bewertung der wahrgenommenen Umweltveränderungen eine Rolle (vgl. Ladrech 2010).



sächlich in den Fachausschüssen stattfindet (vgl. Beichelt 2009: 264, Freundorfer 2008: 207). Die inhaltliche Vorarbeit für die Ausschusssitzungen wiederum geschieht in den einzelnen Fraktionen. Diesen fällt die Aufgabe zu, die Bundesregierung auch in ihrer EU-Politik zu kontrollieren. Angesichts des Informationsvorsprungs der Regierung in diesem Bereich droht das europapolitische Handeln der Exekutive durch die Integration sprichwörtlich außer *parlamentarische Kontrolle* zu geraten (vgl. Raunio/Hix 2000: 153). Relevante Informationen, auf die die Fraktionen in ihrer Kontroll- und Mitwirkungstätigkeit zurückgreifen, sind nun nicht mehr allein im nationalen Raum vorhanden. Durch die Integration wurde die *Umwelt* der Fraktionen im europäischen Ausmaß *erweitert*. Sie kann von den Fraktionen zur Herstellung neuer Kontakte genutzt werden. Neben der Information bietet das europäische Mehrebenensystem auch einen potenziellen europäischen Handlungsraum mit weiteren Ansprechpartnern, in dem versucht werden kann, den eigenen Einfluss auf die EU-Ebene auszudehnen, auch wenn dies institutionell nicht vorgesehen ist. In jedem Falle müssen die Fraktionen mit den *institutionellen Einrichtungen*, die der Bundestag infolge der europäischen Integration geschaffen hat (vgl. Kapitel 3.1), umgehen. Diese müssen mit sachkundigem Personal besetzt und genutzt werden.

Als institutionell eingebettete, rational handelnde kollektive Akteure sind Fraktionen bestrebt, ihre Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Kein rationaler Akteur nimmt einen Verlust seiner Macht ohne Weiteres hin (vgl. Benz 2004: 881, Ladrech 2002: 400, Schimank 2007). Aus institutionalistischer Sicht sind Anpassungen von Organisationen primär auf Systemerhaltung ausgerichtet. Sie erfolgen reaktiv und sind nicht auf radikale, sondern auf minimale Veränderung ausgerichtet (vgl. Carter et al. 2008: 9, Lodge 2006: 72). Es ist dementsprechend zu erwarten, dass die Fraktionen des Bundestags auf eine Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit reagieren, um diese zu erhalten, ohne dabei ihr Handeln auf neue Ziele auszurichten. Die Handlungsfähigkeit bei veränderten Randbedingungen zu bewahren, erfordert organisatorische und strategische Anpassungsleistungen. Fehlen ihnen Ressourcen wie beispielsweise Informationen zur Ausübung ihrer Aufgaben, so versuchen sie, diese über neue Wege zu gewinnen. Fraktionen als rational handelnde kollektive Akteure europäisieren sich also, um Kontrolle und Mitwirkung weiterhin ausüben zu können.

Die **erste zentrale Hypothese** lautet daher: Fraktionen europäisieren sich, wenn ihr Handlungsfeld sich infolge der europäischen Integration so verändert, dass die Wahrnehmung und Verfolgung ihrer Aufgaben und Ziele eine Anpassung erfordern. Fraktionen europäisieren sich, um ihre Handlungsfähigkeit im parlamentarischen Raum zu wahren und so einer Marginalisierung in Folge der Integration entgegenzuwirken.

Eine Anpassung erfolgt allerdings nicht automatisch, sondern nur, wenn sie für erforderlich und adäquat gehalten wird. Dies setzt voraus, dass EU-Angelegenheiten als bedeutsam für die Arbeit des Bundestages und die Fraktion eingeschätzt werden. Hinzu kommt die Selbsteinschätzung als Teil eines europäischen Mehrebenensystems, in dem die nationalen Parlamente, etwa als Kontrolleur der nationalen Exekutiven, eine wichtige Rolle spielen. Ausschlaggebend für eine solche Einschätzung sind oft Führungskräfte und das Spitzenpersonal der Partei auf Bundesebene, die als „norm entrepreneurs“ agieren (vgl. Börzel/Risse 2003). Solche Akteure werben, oft als Teil eines Netzwerks, in ihrer Organisation für die Ak-

zeptanz einer Norm, Ansicht oder Überzeugung. Sie treiben Lernprozesse voran und nehmen so Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Organisation.

Die **zweite zentrale Hypothese** lautet daher: Eine Fraktion europäisiert sich dann, wenn einflussreiche Fraktions- oder Parteimitglieder EU-Angelegenheiten für eine wichtige Materie der nationalen parlamentarischen Kontrolle und Mitwirkung halten und sich als „norm entrepreneurs“ engagieren.

Für den zu untersuchenden Fall sind die Hypothesen weiter zu spezifizieren. Zur ersten Hypothese ist anzumerken, dass die Erfüllung der parlamentarischen und Binnenorganisations-Funktionen der Bundestagsfraktionen es im Kontext des Integrationsprozesses erforderlich macht, die damit verbundenen Tätigkeiten auf die EU-Politik auszudehnen. Konkret bedeutet dies, dass die Bundestagsfraktion der Grünen wie alle Bundestagsfraktionen auch im Bereich der EU-Politik Expertise aufbauen, Informationen aus der Umwelt einholen, sortieren und bewerten sowie die Tätigkeiten ihrer Mitglieder miteinander koordinieren muss (vgl. Sterzing/Tidow 2001: 285). Auch die Bedingungen der zweiten Hypothese können als erfüllt betrachtet werden. Im Spitzenpersonal von Fraktion und Partei ist einschlägige Europa-Erfahrung vorhanden. So waren beide derzeitigen Parteivorsitzenden der Grünen, Claudia Roth und Cem Özdemir, mehrere Jahre Abgeordnete im Europäischen Parlament (MdEP) bevor sie ihre politische Karriere auf nationaler Ebene fortsetzten. Roth ist gleichzeitig Mitglied der Bundestagsfraktion. Auch Frithjof Schmidt, der Vorsitzende des für Europapolitik zuständigen Fraktionsarbeitskreises, hat als ehemaliger Geschäftsführer der Europagruppe der Grünen, ehemaliges Mitglied im Vorstand der Europäischen Grünen Partei und ehemaliger Europaabgeordneter viel EU-Erfahrung. Aufgrund ihrer Wechsel zwischen Funktionen auf europäischer und auf nationaler Ebene innerhalb der Grünen ist es besonders wahrscheinlich, dass die genannten Personen das Bewusstsein innerhalb der Bundestagsfraktion für die Bedeutung der EU-Politik gestärkt haben. Zahlreiche Publikationen und programmatischen Texte von Fraktion und Partei bekräftigen die große Bedeutung, die der Beschäftigung des Bundestags mit Europapolitik, etwa als Beitrag zu Transparenz und demokratischer Kontrolle innerhalb der EU, beigemessen wird.<sup>8</sup>

Von der Untersuchung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sind empirische Ergebnisse in den folgenden drei Europäisierungsdimensionen zu erwarten (Abb. 2):

---

<sup>8</sup> So bekräftigte die Bundesdelegiertenkonferenz nach dem Bundesverfassungsgericht-Urteil zum Lissabon-Vertrag, sie sehe dieses „als Auftrag, uns auch auf der nationalen Ebene mehr als bisher mit den „alltäglichen“ Entscheidungen der EU auseinanderzusetzen und in allen fachpolitischen Diskussionen die europapolitische Dimension mitzudenken“ (Bündnis 90/Die Grünen 2009). Weiter: „Europapolitik darf nicht nur alle fünf Jahre vor den Europawahlen ein wichtiges Thema in der Partei sein. Die europäische Perspektive muss in der Partei sowie in den Fraktionen im Bund und in den Ländern stärker verankert werden.“ In einer Publikation der Fraktion über das Verhältnis zwischen EU und Bundestag heißt es: „Wir Grüne kämpfen seit Jahren dafür, die Rechte der nationalen Parlamente in europäischen Angelegenheiten zu stärken und damit die demokratische Legitimierung der EU zu verbessern.“ (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 2008: 1) Beklagt wird die Unterrichtspraxis der Bundesregierung, die verhindere, „dass sich der Bundestag frühzeitig in EU-Angelegenheiten einbringen und diese angemessen mitgestalten kann“. In einer umfassenden und frühzeitigen Unterrichtung liege „ein[en] echte[r] Beitrag zur Demokratisierung Europas [...] [und] zur Überzeugung vieler europaskeptischer Bürgerinnen und Bürger“ (ebd.: 2).

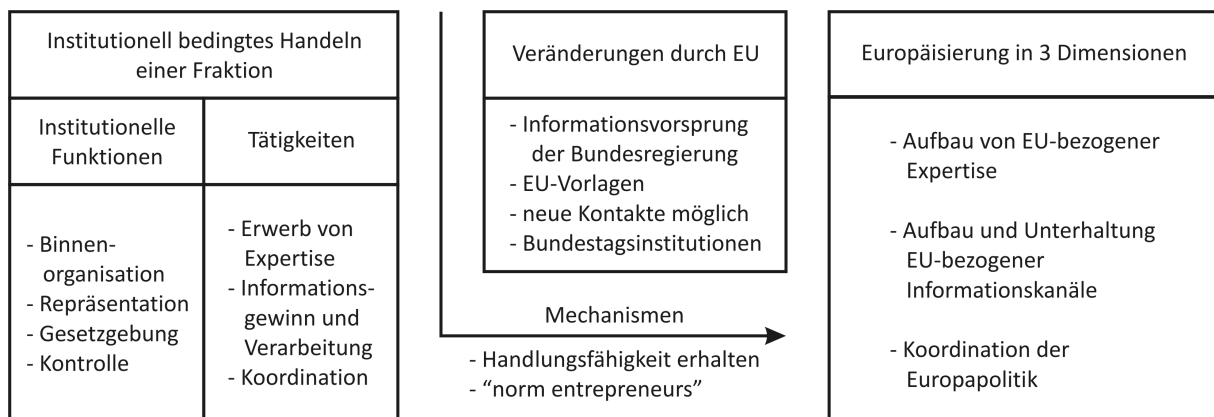


**Expertise:** Die Fraktion nutzt den parlamentarischen Raum, insbesondere den Europaausschuss, um die Bundesregierung zu kontrollieren und um zu versuchen, deren Europapolitik zu beeinflussen. Dazu hat die Fraktion EU-Expertise gebildet.

**Informationskanäle:** Die Fraktion hat verschiedene Informationskanäle installiert und nutzt sie, um in der Europapolitik effektiv arbeiten zu können. Sie versucht so, über unabhängige Informationen die „Informationslücke“ zwischen Bundesregierung und Parlament zu schließen (vgl. Raunio/Hix 2000). Die Fraktion nutzt alle Dimensionen, die das europäische Mehrebenensystem bietet: Über ihre Mitarbeiter im Verbindungsbüro des Bundestags in Brüssel gelangt sie auf EU-Ebene an Informationen, zudem nutzt sie Kontakte und Wissen der grünen MdEP aus Deutschland. Auch in andere Mitgliedsstaaten und in Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung unterhält sie Kontakte zum Informationsgewinn.

**Informationsverarbeitung und interne Koordinierung der EU-Politik:** Um eine effektive Kontroll- und Mitwirkungstätigkeit ausüben zu können, hat die Fraktion Routinen zur fraktionsinternen Koordinierung der EU-Politik ausgebildet. Dazu werden Informationen verarbeitet und Positionen innerhalb der Fraktion abgestimmt. Im Bundestag zu beratende Unionsvorlagen durchlaufen einen festgelegten Prozess der sachlichen und politischen Bewertung als Grundlage einer Positionierung und parlamentarischer Initiativen.

Abbildung 2: Theorieansatz zur Europäisierung einer Bundestagsfraktion.



Quelle: eigene Darstellung

Ferner soll untersucht werden, ob die Fraktion auch außerhalb der nationalen Ebene versucht, europäische Politik direkt zu beeinflussen, ob sie also das europäische Mehrebenensystem auch als *ermöglichenden* Handlungsraum nutzt. Gemäß dem zugrundegelegten institutionalistischen Europäisierungsansatz sind Versuche der Politikbeeinflussung auf der EU-Ebene als Aktivität der gesamten Fraktion *nicht* zu erwarten, da dieser potentielle Aktionsraum den institutionellen Handlungsbereich der Fraktion überschreitet. Auf Fraktionsebene werden sie demzufolge nicht erwartet.<sup>9</sup> Untersucht wird daher auch folgende Frage: Gibt es

<sup>9</sup> Benz (2004) spricht hier bezogen auf *einzelne* Abgeordnete von „bypassing“ der Regierung. Auel (2006b) bezeichnet Bundestagsabgeordnete, die sich besonders stark auf europäischer Ebene – und somit informell – engagieren, als „Euro-wizards“.

Bestrebungen der Fraktion, Einfluss an der Bundesregierung vorbei direkt auf der EU-Ebene geltend zu machen?

### **3. Die Anpassung der grünen Bundestagsfraktion an ihre europäisierte Umwelt: Fallbeschreibung und Ergebnisse der Interviews**

Als Gegenstand der Analyse wurde eine einzelne Bundestagsfraktion ausgewählt – eine Fallstudie ist ein geeignetes Forschungsdesign für ein exploratives Vorgehen.<sup>10</sup> Mit ihr wird ein beispielhafter erster Einblick in das bislang unerforschte Gebiet der Europäisierung von Fraktionen gewonnen. Fallstudien bieten zudem die Möglichkeit, neue Theorieansätze und Hypothesen zu erproben und auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse zu präzisieren und sind in der Europäisierungsforschung weit verbreitet (vgl. van Evera 1997: 54f, Ha-verland 2007). Sie liefern somit die Grundlage für weitere Untersuchungen und vergleichende Studien. Zur Einordnung der vorliegenden Fallstudie sei auf die einschlägige Literatur zur institutionellen Europäisierung des Bundestages verwiesen, von der im Folgenden lediglich die zentralen Aussagen zusammengefasst werden (vgl. Auel 2006, Beichelt 2009, Fuchs 2004, Grünhage 2007, Hölscheidt 2001, Möller/Limpert 1993, Sterzing/Tidow 2001, Sturm/Pehle 2005, Töller 2004).

#### **3.1 Fallbeschreibung: Die institutionelle Europäisierung des Bundestags und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Als wichtigste Europäisierungsschritte sind die Verankerung der Informations- und Mitwirkungsrechte des Bundestages in Artikel 23 GG im Jahr 1992, die Einrichtung des EU-Ausschusses (EUA) 1994 auf Grundlage des Artikels 45 GG sowie die Schaffung des Referats PA 1 (Europareferat) in der Bundestagsverwaltung samt Verbindungsbüro in Brüssel im Jahr 2007 zu nennen. Aufgrund dieser Anpassungsschritte ist heute sichergestellt, dass der Bundestag gegenüber der Bundesregierung zu EU-Vorlagen Stellung nehmen kann und diese die Position des Parlaments in den Verhandlungen auf EU-Ebene berücksichtigen muss.

---

<sup>10</sup> Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erscheint bei der Frage nach der Europäisierung einer Fraktion aus mehreren Gründen besonders interessant. Europa war für die Grünen immer schon ein Thema, das – anfangs teils kontrovers, teils verbunden mit einem gewissen EU-Skeptizismus – intensiv diskutiert wurde (vgl. Binder/Wüst 2004, Niedermayer 2003, Poguntke 2008: 109ff). Mittlerweile ist die europäische Integration zu einem der zentralen Themen des politischen Programms der Grünen geworden (vgl. Volmer 2009: 424f), was eine relativ hohe Sensibilität für europäische Themen erwarten lässt. Die Partei tritt sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene für mehr Transparenz im europäischen Politikprozess und für die Förderung einer breiteren öffentlichen Debatte über europäische Politiken ein. Die deutschen Grünen waren zudem eine treibende Kraft bei der Organisation der Grünen in Europa und als bisher einzige Partei in Deutschland haben sie 2004 eine gemeinsame europaweite Kampagne geführt (vgl. Niedermayer 2005, Poguntke 2008: 125). Im Europawahlprogramm von 2004 spielte die Gestaltung der europäischen Integration eine größere Rolle als bei SPD und CDU (vgl. Niedermayer 2005). Auffällig im Vergleich zu anderen Parteien ist zudem, dass das Europaparlament regelmäßig aus der Bundespartei oder dem Bundestag bekannte politische Persönlichkeiten anzieht (Niedermayer 2005: 44f).

Grundsätzlich befassen sich alle Fachausschüsse des Bundestags mit EU-Vorlagen. Der EUA ist für Vorlagen mit besonderer integrationspolitischer Bedeutung (vgl. Ismayr 2001: 295) und für fachlich übergreifende Vorlagen zuständig, häufig tritt er als mitberatender Ausschuss auf. Die Umsetzung europäischer Richtlinien in deutsches Recht ist generell Sache des Plenums, wobei der EUA einige – in der Praxis allerdings wenig bedeutsame – Sonderrechte besitzt (vgl. Fuchs 2004: 12ff, Grünhage 2007: 167). Im Vergleich zu den Parlamenten anderer Mitgliedsstaaten ist der Bundestag in europäischen Angelegenheiten mit relativ starken Rechten ausgestattet (vgl. Auel 2006b: 250, Janowski 2005, Maurer 2002). Entscheidend für eine effektive Nutzung ist allerdings ein gutes Management der vorhandenen Informationen (vgl. Holzhaacker 2007: 151, Maurer 2001: 69f). Dazu soll das Europareferat beitragen (vgl. Beichelt 2009, Deutscher Bundestag 2005, Krimphove 2007). Es dient dazu, dem Bundestag frühzeitig unabhängige Informationen über politische Prozesse auf EU-Ebene zu liefern. Durch die Filterung und Sortierung von Informationen soll zugleich die Qualität des Informationsflusses erhöht werden.<sup>11</sup> Eine Besonderheit des Verbindungsbüros des Bundestages in Brüssel liegt darin, dass dort neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Europareferats auch Angestellte der einzelnen Bundestagsfraktionen vertreten sind, die ihrer jeweiligen Fraktion zuarbeiten. Dadurch hat das Büro zudem die Voraussetzungen verbessert, auch diejenigen Fachpolitiker, die nicht in erster Linie mit der EU befasst sind, mit europäischen Politiken und Prozessen vertraut zu machen (vgl. Beichelt 2009: 274f, Vollrath 2012: 178).

Untersuchungen haben gezeigt, dass der Bundestag von seinen vergleichsweise starken formalen Rechten relativ wenig Gebrauch macht, was in erster Linie auf den Dualismus aus Mehrheit und Opposition zurückzuführen ist (vgl. Auel 2006b, Lösche 2000: 926, Raunio 2009, Sterzing/Tidow 2001: 279f). Da sich die Bundesregierung im parlamentarischen System der BRD auf eine Mehrheit im Parlament stützt, wird eben diese Mehrheit kaum mit öffentlichkeitswirksamen Mitteln, wie sie Art. 23 GG enthält, gegen die Exekutive Stellung beziehen. Stattdessen werden die Mehrheitsfraktionen eher informelle Wege der Einflussnahme auf die Regierung wählen. Solchen informellen Wegen widmen sich neuere Untersuchungen von Auel (2006b), Benz (2004) sowie Auel und Benz (2005). Auel (2006b) spricht hier im Unterschied zur *institutionellen* Europäisierung von einer *informellen* oder *strategischen*, Ladrech (2010) von „Verhaltenseuropäisierung“. Ihre Forschungsergebnisse liefern

---

<sup>11</sup> Das Referat PA 1 bietet dem Bundestag folgende Leistungen (Vollrath 2008, 2012): Es unterbreitet den Fraktionen erstens *Vorschläge zur Priorisierung* der eingehenden EU-Vorlagen in Form einer begründeten Auswahl der beratungsrelevanten Vorlagen, die an die Ausschüsse des Bundestags überwiesen werden sollten. Zweitens erstellt das Brüsseler Büro *Sachstandsberichte* zu aktuellen Themen, sobald diese auf die Tagesordnung eines Bundestagsausschusses gesetzt werden. Darin werden die wichtigsten Informationen aus den zahlreichen Begleitdokumenten zur jeweiligen Vorlage zusammengefasst, etwa der Stand der Beratungen im EP und im Rat sowie die Positionen anderer Mitgliedsstaaten oder weiterer relevanter Akteure. Das PA 1 unterstützt drittens das *Terminmanagement* der Bundestagsausschüsse, damit Vorlagen rechtzeitig auf die Tagesordnung gesetzt werden. Viertens dient es der Stärkung der vorausschauenden Befassung des Bundestags mit EU-Vorlagen. Dazu erstellt es einmal jährlich eine *Europapolitische Vorausschau*, aus der zu erwartende Themen und Vorhaben der Kommission, des EP und der Ratspräsidentenschaften hervorgehen. Auf Themen, für die sich anhand der Behandlung der „Europapolitischen Vorausschau“ ein Interesse einzelner Ausschüsse herauskristallisiert, wird fünftens im *Bericht aus Brüssel* eingegangen, die das Verbindungsbüro zu jeder Sitzungswoche des Bundestags herausgibt.

zusätzliche Evidenz für die Bedeutung des hier verfolgten Forschungsvorhabens: Die Europäisierung von Fraktionen ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Forschungsergebnissen über die institutionelle Anpassung des Bundestages als Ganzes und den ersten Erkenntnissen über die parallel verlaufende strategische oder informelle Europäisierung.

Die Befassung mit Europapolitik hat sich bei den Grünen wie bei den anderen Bundestagsfraktionen in der Benennung eines europapolitischen Sprechers niedergeschlagen. Die schwerpunktmäßig mit Europapolitik befassten MdB sind dem Arbeitskreis (AK) 4 „Internationale Politik und Menschenrechte“ zugeordnet. Innerhalb des AK 4 gibt es die Arbeitsgruppe (AG) „Europa“, die diejenigen Grünen-Abgeordneten umfasst, die dem EUA angehören. Der gewählte Vorsitzende eines AK wird bei den Grünen *Politischer Koordinator* genannt und ist qua Amt Stellvertretender Fraktionsvorsitzender (zur gesamten Organisationsstruktur der Fraktion vgl. Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 2009b, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen o.J., Haas 2008, von Oertzen 2006, Probst 2007, Schüttemeyer 1999, Spöhrer 1999). Auf Mitarbeiterebene ist jedem AK der Grünen ein *Wissenschaftlicher Koordinator* zugeordnet, der die Arbeit des Gremiums organisiert. Die Fraktion beschäftigt außerdem fachpolitische Referenten, die jeweils für ein Sachgebiet zuständig und einem AK zugeordnet sind. Jeder Abgeordnete hat daneben persönliche Mitarbeiter. Der Geschäftsführende Vorstand (GfV) setzt sich aus den beiden *Fraktionsvorsitzenden*, dem Ersten *Parlamentarischen Geschäftsführer* (PGF) und drei weiteren PGF zusammen. Dem (Erweiterten) Fraktionsvorstand gehören außer dem GfV auch die Politischen Koordinatoren und die grüne Vizepräsidentin des Bundestags an.

### **3.2 Ergebnisse der Interviews: Zuständigkeiten und Aktivitäten in der Europapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Für die empirische Studie wurden die Inhaber all jener Stellen in der Fraktion interviewt, welche in erster Linie mit europapolitischen Expertise- und Koordinationsaufgaben betraut sind – insgesamt vier Personen. Auf der politischen Ebene wurden drei Interviews geführt: eines mit einem aktiven, eines mit einem ehemaligen grünen Mitglied des Bundestages und des EUA sowie eines mit einem grünen Mitglied des EP, das im EUA mitwirkungsberechtigt ist. Weitere Interviewpartner waren ein MdB-Mitarbeiter, der Koordinator der Europagruppe der Grünen sowie der Leiter des Europareferats der Bundestagsverwaltung. Schriftliche Auskünfte liegen von einem Mitarbeiter des Bundesparteivorsitzenden, einem weiteren MdEP sowie einem MdB-Mitarbeiter vor. Die zehn Gespräche und drei schriftlichen Befragungen wurden im Zeitraum von Ende November 2010 bis Ende Februar 2011 durchgeführt. Für die Leitfadenterviews wurden Fragebögen herangezogen, die auf jede befragte Person individuell zugeschnitten waren.

Die Ergebnisse der Interviews werden in Form kurzer Porträts der jeweiligen EU-bezogenen Tätigkeiten und Kontaktbeziehungen vorgestellt.<sup>12</sup> Die Grobgliederung der Por-

---

<sup>12</sup> Die angeführten Zitate sind jeweils nicht zwingend der im jeweiligen Abschnitt beschriebenen Stelle zuzuordnen. Sie sind mit codierten Quellenangaben gekennzeichnet, aus denen jeweils die Funktion der zitierten Person hervorgeht. „Ref.“ steht jeweils für Referent/Referentin, „MA“ für Mitarbeiter/Mitarbeiterin.

träts folgt den untersuchten Europäisierungsdimensionen. Abschnitt 3.2.7 präsentiert Ansätze der Fraktion zur Verbesserung ihrer Europafähigkeit.

### Fraktions-Referentenstelle im Verbindungsbüro des Bundestages in Brüssel

In der Dependence des Deutschen Bundestages in Brüssel ist die grüne Bundestagsfraktion seit der Eröffnung im Februar 2007 vertreten. Die Stelle der Büroleitung wurde als Referentenstelle zu diesem Zeitpunkt neu geschaffen. Seither gab es zwei personelle Aufstockungen. Noch in der 16. Wahlperiode kam eine Sachbearbeitungsstelle hinzu, nach der Bundestagswahl 2009 eine weitere Referentenstelle, sodass heute drei Fraktionsangestellte in Brüssel tätig sind. Alle verfügen aufgrund ihres Studiums oder ihrer Berufserfahrung über EU-Expertise. Sie üben für die Fraktion eine Frühwarnfunktion aus, die den Dimensionen „Expertise“ und „Informationskanäle“ zuzuordnen ist: „[...] meine Hauptaufgabe ist, man könnte sagen, „Horchposten“ in Brüssel“. (Ref. Verbindungsbüro Fraktion)

Dazu beobachten die Grünen-Mitarbeiter im Verbindungsbüro ständig das politische Geschehen in Brüssel. Über alle Entwicklungen, die aus grüner Sicht interessant sein können, ist die Bundestagsfraktion rasch und gegebenenfalls fortlaufend zu informieren. Dazu müssen die Fraktionsmitarbeiter in Brüssel über politische Vorhaben und Projekte der Bundestagsfraktion gut informiert sein, weshalb die interviewte Referentin häufig in Berlin ist. Etwa einmal monatlich nimmt sie an Gremiensitzungen und nach Möglichkeit an Sitzungen der AG Europa teil. Auch erörtert sie mit Kollegen und Kolleginnen in Berlin Möglichkeiten für Initiativen der Fraktion:

„[D]a bin ich auch einfach vor Ort, um auch zu hören, was passiert in Berlin, woran arbeiten die grade, und einfach auch um mich dann mit einzelnen Kollegen zu treffen [...] und dann zu überlegen, was kann man denn da machen, wie könnte man dazu aktiv werden.“ (Ref. Verbindungsbüro Fraktion)

Zur Information der Bundestagsfraktion geben die Brüsseler Mitarbeiter routinemäßig eine wöchentliche Kurzzusammenfassung der wichtigsten Ereignisse der jeweiligen Woche heraus, die an einen breiten Verteiler aus Abgeordneten und Mitarbeitern versandt werden. Darüber hinausgehende Neuigkeiten werden ad hoc per E-Mail, in Form von Vermerken oder telefonisch an die je nach Thema betroffene(n) Person(en) in der Fraktion übermittelt.

Die Fraktionsmitarbeiter im Verbindungsbüro sind außerdem wichtige Ansprechpartner für Abgeordnete, Referenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter in Berlin, die auf der Suche nach Ansprechpartnern in der Kommission oder im EP oder fachlicher Information sind.

Neben der Frühwarnung und der Beantwortung von Anfragen ist drittens der Aufbau eines Kontaktnetzes für die Fraktion und dessen Unterhaltung eine zentrale Aufgabe. Das Brüssel-Team hat regelmäßig Kontakt zu Mitarbeitern der Kommission und des Rates, zum EP und zur deutschen Europagruppe der Grünen, der in erster Linie der Information über Vorhaben und Positionen dient. Wichtige Kontaktpunkte sind außerdem in Brüssel tätige Verbände und Nichtregierungsorganisationen. Je nach Thema sind auch die Vertretungen der deutschen Bundesländer Anlaufstellen für den Informationsaustausch: Einige von ihnen haben Stammstische zu bestimmten Fachbereichen eingerichtet, an denen Ländermitarbeiter zusammenkommen, die mit den entsprechenden Themen befasst sind. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU wird demgegenüber als weniger wichtige Anlaufstel-



le bezeichnet, da dort keine Informationen zu erhalten sind, die nicht auch in Berlin selbst zu bekommen wären. Kontaktiert wird die Brüsseler Vertretung von den Mitarbeitern der Grünen als Oppositionspartei daher nur in Fragen zu Terminen oder Verfahrensabläufen.

Das von den Mitarbeitern im Verbindungsbüro etablierte Kontaktnetzwerk spielt auch in die vierte zentrale Tätigkeit hinein: die Besucherbetreuung. Während die Reisen gesamter Bundestagsausschüsse nach Brüssel von den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung organisiert und betreut werden, sind die Fraktionsmitarbeiter im Verbindungsbüro für individuelle Besuche aus ihrer Fraktion zuständig. Für einzelne Abgeordnete und Arbeitsgruppen sowie für Referenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter von Abgeordneten erstellen sie das Programm, schlagen geeignete Ansprechpartner in EU-Institutionen und Verbänden vor und arrangieren Termine beispielsweise mit dem deutschen Kommissar.

Der größte Teil der Tätigkeiten des grünen Büros dient also der Zuarbeit für die Fraktion. Daneben stehen die drei Mitarbeiter mit den Verwaltungsmitarbeitern im Verbindungsbüro im Austausch über den Bericht aus Brüssel, den das Bundestagsreferat PA 1 den Fraktionen regelmäßig zukommen lässt. Zwar handelt es sich hierbei um einen Service der Bundestagsverwaltung; die Fraktionsmitarbeiter im Verbindungsbüro jedoch erhalten die Themenvorschläge für den Bericht vorab und können eigene Vorschläge dazu machen.

Als zentrale Kontaktstelle der Bundestagsfraktion zu verschiedenen Brüsseler Institutionen und Verbänden ist das Grünen-Büro in der Niederlassung des Deutschen Bundestages in Brüssel auch ein wichtiger Bestandteil der europapolitischen Koordinierung innerhalb der Fraktion. Zwischen dem Büro und der Bundestagsfraktion gibt es keine zentrale Schnittstelle, sondern verschiedene Verbindungsstränge existieren nebeneinander. Generell steht das Büro mit Abgeordneten und Mitarbeitern aus allen Fachbereichen in Kontakt. Anders als die Europa-Referentin, die in Berlin ansässig ist, arbeiten die Brüsseler Europa-Referenten nicht primär den Mitgliedern des EUA zu, sondern der gesamten Fraktion – wenn auch der Kontakt zu den Europa-Fachpolitikern und deren Mitarbeitern besonders eng ist. Die Übermittlung von Dokumenten aus Brüssel an die Berliner Fraktion erfolgt dementsprechend nicht über eine zentrale Schnittstelle, sondern meist direkt an die jeweils betroffenen Abgeordnetenbüros. Neuigkeiten zu einer Vorlage des Energiekommissars zur europäischen Energiepolitik werden beispielsweise direkt an den zuständigen Fraktionsreferenten und die Abgeordneten, die sich mit Energiepolitik befassen, weitergeleitet. Besteht Unklarheit darüber, wen ein bestimmtes Dokument interessieren könnte, sind die Wissenschaftlichen Koordinatoren der fünf Arbeitskreise die Adressaten und für die Weiterleitung innerhalb der Fraktion zuständig. Sie bekommen zudem die direkt an Abgeordneten verschickten Dokumente in Kopie.

Während die Übermittlung von Informationen aus der europäischen Arena in die nationale Arena die wichtigste Aufgabe der Brüsseler Fraktionsmitarbeiter ist, unterstützen sie daneben in umgekehrter Abgeordnete dabei, direkten Kontakt zu Mitgliedern und Mitarbeitern der Kommission im jeweiligen Fachbereich herzustellen. Entsprechende Kontakte können neben dem Informations- und Meinungs austausch auch genutzt werden, um in der Kommission für politische Positionen zu werben oder Initiativen anzuregen. Eine koordinierende Aufgabe in diesem Bereich nimmt das Büro allerdings nicht wahr.

### Europa-Referentenstelle beim Arbeitskreis 4

Neben den Europareferenten im Brüsseler Verbindungsbüro gibt es eine weitere Europa-Referentenstelle der Fraktion in Berlin, die inhaltliche und koordinierende Aufgaben hat. Sie ist dem AK 4 zugeordnet und existiert anders als die der Brüssel-Mitarbeiter schon lange – analog zu anderen Fraktionsreferenten, die jeweils für ein Sachgebiet zuständig sind. Die Interviewpartnerin zeichnet sich durch ausgeprägte EU-Expertise und langjährige Erfahrung mit koordinierenden Aufgaben in diesem Bereich in anderen politischen Institutionen aus.

Als Fraktionsreferentin ist sie Ansprechpartnerin für Abgeordnete und deren Mitarbeiter in fachlichen Fragen ihres Themenbereiches wie beispielsweise Verfahrensabläufe auf der europäischen Ebene. Darüber hinaus bringt sie ihr Fachwissen durch inhaltliches Zuarbeiten in die Positionen der Fraktion ein: „[...] die Referenten haben eigentlich sowas wie eine politikberatende Funktion hier in der Fraktion.“ (Ref. Fraktion 1)

Die Bereitstellung von Expertise ist eng verbunden mit der internen europapolitischen Koordinierung, zu der die Referentin wesentlich beiträgt. Sie arbeitet in erster Linie den MdB im EUA zu. Sie bewertet die Priorisierungsvorschläge des Referats PA 1 der Verwaltung zu Unionsvorlagen, in denen der EUA federführend oder mitberatend ist, und koordiniert bei Änderungswünschen die Abstimmung zwischen den Fraktionen.

Inhaltliches Zuarbeiten und Koordinieren bedeutet weiterhin, dass die Fraktionsreferentin den zuständigen Abgeordneten Vorschläge unterbreitet, wie sich die Fraktion zu einer im Ausschuss beratenen Unionsvorlage positionieren soll. Häufig schreibt sie den Entwurf für Anträge, je nach Thema allein oder zusammen mit Kollegen. Da der EUA überwiegend Querschnittsthemen behandelt, ergeben sich daraus zugleich koordinierende Aufgaben. Besonders stark ausgeprägt waren diese beispielsweise bei der Befassung mit der Europa-2020-Strategie. Aufgrund des breiten inhaltlichen Spektrums waren hier fast alle AK der Fraktion betroffen und beteiligt, ein gemeinsamer Arbeitsprozess musste organisiert werden. Dieser beinhaltete etwa die Aufgabe, innerhalb der Fraktion zu erklären, was EU 2020 überhaupt ist. Über die reine Information hinaus war von der Europareferentin in den verschiedenen Abgeordnetenbüros Überzeugungsarbeit zu leisten, dass die Fraktion einen Antrag einbringen sollte, und es galt darüber hinaus, Ideen vorzustellen, wie die grüne Linie aussehen könnte. Weiterhin begleitete sie den Entscheidungsprozess, den der Antragsentwurf anschließend durchlief: Schließlich muss ein Antrag in allen beteiligten AK beschlossen werden. Nachdem er in den EUA eingebracht worden war, wurde er durch die Referentin nach innen und nach außen weiter betreut. Dies bedeutete zum einen, Sprechzettel für Fraktionsmitglieder zu schreiben und Pressemitteilungen zu verfassen. Zum anderen wurde ein darüber hinaus gehendes Monitoring gestartet, in dessen Rahmen überwacht wird, wann die nationalen Reformprogramme der EU-Mitgliedsstaaten verabschiedet werden und ob es erforderlich ist, dieses Thema auf die Ausschuss-Tagesordnung zu setzen oder Kleine Anfragen zu formulieren, um von der Bundesregierung informiert zu werden. Innerhalb der Fraktion gilt es, in den beteiligten Arbeitskreisen immer wieder nachzuhaken, ob das Thema noch im Blick ist. Kurzum: Der Europareferentin obliegen bei AK-übergreifenden Anträgen zu Vorlagen, in denen der EUA federführend ist, in besonderem Maße die Koordination und das Monitoring innerhalb der Fraktion.

„Also dass man einfach so ein bisschen die Prozesse im Blick behält. Das tun die Fachpolitiker einfach [...] nicht so in dem Maße, weil sie diese europäischen Prozesse dann eben doch immer mal aus den Augen verlieren.“ (Ref. Fraktion 1)

Dass die Europareferentin auch eine wichtige Schnittstelle der Fraktion nach außen ist, ist bei der Beschäftigung mit den Priorisierungsvorschlägen der Bundestagsverwaltung bereits angeklungen. Dies zeigt sich auch in einigen weiteren Tätigkeiten, die ihr mit der Umsetzung des Lissabon-Vertrags in den Verfahren des Bundestages zufielen (vgl. hierzu Vollrath 2012). So hat die Bundesregierung gemäß dem geänderten Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) vor Abgabe ihres Votums zu einem Beitrittsantrag im Rat Einvernehmen mit dem Bundestag herzustellen. Der EUA ist federführend in der Befassung mit Beitrittsanträgen. Hier galt es zwischen den Fraktionen des Bundestages ein Verfahren zum Umgang mit Beitrittsanträgen zu entwickeln, woran die Europareferentin für die Grünenfraktion beteiligt war. Sie war ferner als EU-Expertin ihrer Fraktion in die Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages involviert. Bei diesen verfahrensgestaltenden Prozessen kam wiederum die politikberatende Funktion der Fraktionsreferentin nach innen zum Tragen, die als EU-Expertin die Bedeutung der Verfahrensgestaltung in ihre Fraktion hinein zu vermitteln hatte:

„War jetzt doch ziemlich viel Neuland eigentlich. Wo man eigentlich auch die Politiker erst mal mitnehmen muss, jedem sozusagen erklären muss, was machen sie hier eigentlich jetzt gerade [lacht], und das ist eben auch meine Aufgabe gewesen.“ (Ref. Fraktion 1)

Neben Koordination und Bereitstellung von Fachwissen gehört die Aufrechterhaltung verschiedener Informations- und Austauschkanäle in den Zuständigkeitsbereich der Europareferentin. Zu den Fraktionsmitarbeitern im Brüsseler Verbindungsbüro hat sie regelmäßig Kontakt – per Mail und Telefon, und im persönlichen Gespräch mit der Brüssel-Referentin, die während ihrer Berlin-Aufenthalte im selben Büro sitzt. Ein weiterer Berührungspunkt zwischen Brüsseler und Berliner Europareferenten ist die Organisation von Arbeitskreisreisen nach Brüssel, die die Berliner Fraktionsreferentin mit organisiert.

Die Pflege von Kontakten zu Bundesländern gehört nicht im breiten Stil zu ihren Aufgaben, da solche nicht in größerem Umfang bestehen. Nur einzelne Landesvertretungen und Landtagsfraktionen werden als relevante Austauschpartner genannt. Ansonsten verläuft der Informationsfluss in Angelegenheiten mit Bedeutung für die Landtagsfraktionen hauptsächlich von Berlin in Richtung Länder. Die Ursache hierfür wird in der „Regierungslastigkeit“ der Europapolitik der Länder gesehen. Zweimal jährlich findet jedoch ein Austausch in institutionalisierter Form statt. Das Europa-Bund-Länder-Treffen der Grünen wird vonseiten der Bundestagsfraktion von der Europareferentin organisiert. Es kommen europapolitisch interessierte Abgeordnete aus Bundestag, Landtagen und Europagruppe zusammen, außerdem Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaften Europa und Mitarbeiter der Partei, die sich mit Europapolitik beschäftigen. Aus den Fraktionen der Landtage und des Bundestages sind dies in der Regel die europapolitischen Sprecher und diejenigen Abgeordneten mit Schwerpunkt Europapolitik samt persönlichen Mitarbeitern. Die Treffen sind jeweils einem Thema gewidmet, beispielsweise den Strukturfonds oder der Gemeinsamen Agrarpolitik. Je nach Thema



nehmen daher neben den europapolitischen Fachleuten auch Fachpolitiker der verschiedenen Ebenen teil.

### Europa-Referentenstelle beim Fraktionsvorstand

Eine weitere Europa-Referentenstelle ist beim Geschäftsführenden Fraktionsvorstand (GfV) angesiedelt. Sie wurde 2010 erstmals besetzt. Die Bezeichnung als „ReferentIn für Europapolitik – Monitoring und Koordination“ weist darauf hin, was von ihr aus geleistet werden soll: eine die gesamte Fraktion umfassende Koordinierung der Europapolitik. Damit hat der personelle Ausbau im Bereich der europapolitischen Koordinierung einen vorläufigen Abschluss gefunden. Eine erste Koordinierungsstelle, die den Bereich Europa mit einschloss, war im Jahr 2006 mit der Bund-Länder-Kommunen-Europa-Koordination beim GfV eingerichtet worden. Als Konsequenz der gestiegenen Arbeitslast wurde die Stelle in der 17. Wahlperiode in zwei Positionen aufgeteilt: Bund-Länder-Kommunen einerseits und Unionsangelegenheiten andererseits, was die Europa-Koordinierung deutlich gestärkt hat. Somit gibt es nun neben der schwerpunktmäßig auf die AG Europa bezogenen Referentenstelle auch eine Monitoringstelle außerhalb der Arbeitskreisstrukturen.

„[E]s gibt auch eine neue Fraktionsvorstandsreferentin, die sich mit Europafragen beschäftigt, damit sich nicht nur der Arbeitskreis [...] für Europafragen verantwortlich fühlt, sondern dass es im Sinne eines Mainstreamings auch in allen anderen Arbeitskreisen eine systematische Monitoringaufgabe und ein Mitdenken [...] der Brüsseler Ebene gibt.“ (MA Fraktions-AK)

Wie sich der pauschale Koordinationsauftrag in einzelne Aufgaben und Tätigkeiten umsetzt, muss sich wie bei jeder neu eingerichteten Stelle erst noch herausstellen. „Vererbt“ wurde ihr eine Monitoring-Aufgabe des Vorgängerpostens der Bund-Länder-Kommunen-Europa-Koordination, die zum Ziel hat, für ein „Mitdenken“ der Brüsseler Agenda zu sorgen: die Verarbeitung des jährlichen Arbeits- und Legislativprogrammes der Kommission, die den Fraktionen vom Europareferat der Bundestagsverwaltung in Form der Europapolitischen Vorschau zugeht. Ein Team aus Europa-Fachleuten der Fraktion hat vor einigen Jahren ein Verfahren entwickelt, darauf basierend europapolitische Schwerpunkte der Fraktion für das jeweils kommende Jahr zu planen. Sie erarbeiten Vorschläge, welche Themen und möglichen Initiativen sich für die Fraktion daraus ergeben könnten. Diese Ideen beraten sie in Gesprächsrunden jeweils mit dem Wissenschaftlichen Koordinator und den Referenten jedes Arbeitskreises oder auf Arbeitsgruppenebene, um jeweils inhaltliche Schwerpunkte für das kommende Jahr festzulegen. Dieses Verfahren der Verarbeitung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission zielt darauf, europapolitische Themen gemäß ihrem Querschnittscharakter in den ganz normalen Prozess der Schwerpunktsetzung der Fraktion einzugliedern: „[W]ir haben [...] ein eigenes Verfahren immer schon gehabt, um Schwerpunkte in der Fraktion zu entwickeln, [...] die europäische Ebene spielte dabei überhaupt keine Rolle, die war überhaupt nicht im Blick.“ (Ref. Fraktion 1) Mit dieser Standardisierung sollen auch die vorhandenen europapolitischen Ressourcen besser genutzt werden:

„[D]as PA 1 macht eine unheimliche Serviceleistung für die Abgeordneten und wir möchten das eben nutzen und gucken, wie wir vor dem Hintergrund der knappen Zeit und Ressourcen [...] und der Fülle von Themen, die in Brüssel anstehen, politische Schwerpunkte setzen können. Früher hat man das noch ziemlich individuell gemacht, jeder hat es irgendwie in seinem Ausschuss diskutiert [...] und jetzt wollen wir das ein

bisschen mehr zusammenfügen und gucken, wo sind eigentlich die großen Linien und wo gibt es Überschneidungen und Schwerpunkte, deshalb haben wir eben noch eine Stufe dazwischengeschaltet.“ (MA Fraktions-AK)

Die für solche Planungs- und Monitoringaufgaben zuständige Stelle wurde bewusst beim Vorstand eingerichtet. Da alle politischen Fachbereiche betroffen sind, wird es als Vorteil gesehen, die Monitoring-Funktion außerhalb der Arbeitskreisstrukturen anzusiedeln – und mit Rückhalt im Fraktionsvorstand.

„[Es] hatte sich schon herausgestellt, dass wenn man als Europareferentin aus einem Arbeitskreis heraus versucht, solche Themen mit anderen Arbeitskreisen zu koordinieren, dass das relativ schwierig ist. Das hat was zu tun mit ... ja, ein Arbeitskreis will sich ungern von anderen so reinregieren lassen, also das ist ja in einer Organisation immer so ... aber auch einfach damit, dass es häufig die politische Rückendeckung auch vom Vorstand braucht, um bestimmte Konflikte aufzuklären.“ (Ref. Fraktion 1)

Die Einbeziehung der Fraktionsmitarbeiter im Verbindungsbüro in die Schwerpunktsetzung schafft zugleich die Grundlage für einen guten Informationsfluss, da Neuigkeiten zielgerichtet gefiltert und weitergeleitet werden können. Welche Bedeutung Reisen nach Brüssel für die neue Stelle haben werden, muss sich dabei noch herausstellen.

#### Wissenschaftliche Mitarbeiter der Abgeordneten

Neben den Fachreferenten sind auch die Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abgeordneten relevante Akteure in der Europapolitik der Fraktion. Denn je nach Thema einer EU-Vorlage, eines Vorhabens der Kommission oder einer politischen Initiative der Fraktion spielt EU-Politik in allen Fachbereichen eine Rolle. Insofern sind auch die Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fachpolitiker, die ihnen organisatorisch und inhaltlich zuarbeiten, mit europapolitischen Themen befasst. Zu ihren Informationsquellen gehören unter anderem der wöchentliche Bericht aus Brüssel und die thematischen Sachstandsberichte des Europareferats der Bundestagsverwaltung. Je nach Art und Relevanz einer Initiative stehen die MdB-Mitarbeiter bei ihrer unterstützenden Arbeit im Austausch mit dem jeweiligen Fraktionsreferenten. Überhaupt bilden die Wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros das Bindeglied zwischen den Abgeordneten und den Fraktionsreferenten, im EU-Bereich speziell der Europareferentin. So gehen die Positionierungsvorschläge, welche der für einen Ausschuss zuständige Fraktionsreferent den mit einer EU-Vorlage befassten Abgeordneten unterbreitet, immer durch die Hände der jeweiligen Wissenschaftlichen Mitarbeiter. Wirbt beispielsweise die Europareferentin dafür, zu einer Vorlage einen eigenen Antrag einzubringen, muss sie in den einzelnen MdB-Büros Überzeugungsarbeit leisten. Auch bilden die Wissenschaftlichen Mitarbeiter zusammen mit den Fraktionsreferenten die Verbindungsstellen zwischen Abgeordnetenbüros. Dies ist bei EU-Vorlagen und parlamentarischen Initiativen wichtig, an denen mehrere Fachpolitiker der Fraktion beteiligt sind.

In der Regel sind die inhaltlichen Zuständigkeiten des Personals eines Parlamentariers entlang dessen Schwerpunktthemenbereiche aufgeteilt. So haben die europapolitischen Fachpolitiker der Fraktion jeweils einen Mitarbeiter, der ihre Arbeit im EUA unterstützt. Dieser hat in der Regel eine gewisse EU-Expertise aus Studium, Praktika oder erster Berufserfahrung. Bislang ist es allerdings nicht Standard, in den Stellenausschreibungen für alle Stellen in der Fraktion, die mit Europapolitik zu tun haben, EU-Expertise als Voraussetzung zu nen-

nen. Es hängt vom einzelnen Abgeordneten ab, inwiefern entsprechende fachliche Expertise bereits bei der Einstellung verlangt wird. Hier wird von einer fachlich versierten Fraktionsangestellten Verbesserungspotenzial gesehen:

„[D]as ist einer der Punkte, der dringend verbesserungsbedürftig ist. Es passiert natürlich schon [dass ein Abgeordneter bei der Einstellung von Mitarbeitern auf EU-Expertise achtet, C.E.], aber es passiert sozusagen fallweise, in gewisser Weise manchmal auch ein bisschen zufällig, wenn der Abgeordnete es selber sozusagen auf dem Zettel hat, aber es passiert nicht systematisch, es gehört bei uns in der Fraktion nicht als Standardqualifizierung sozusagen in jede Ausschreibung rein oder so.“ (Ref. Fraktion 1)

Die Wissenschaftlichen Mitarbeiter spielen auch für das EU-bezogene Kontaktnetz der Fraktion eine Rolle. So gibt es nicht nur persönliche Kontakte zwischen einzelnen Abgeordneten des Bundestages und des EP, sondern auch zwischen dem jeweiligen Personal. So steht das Büro des europapolitischen Sprechers in wöchentlichem Telefonkontakt mit der EU-Ebene. Die Mitarbeiter begleiten ihre Abgeordneten zum Teil auch auf Reisen nach Brüssel. Darüber hinaus nehmen insbesondere die Mitarbeiter des europapolitischen Sprechers gemeinsam mit ihm an den halbjährlichen Europa-Bund-Länder-Treffen teil. Je nach thematischem Zuschnitt der Treffen trifft dies auch auf das Personal anderer Fachabgeordneten zu. Außerdem fällt den Mitarbeitern, wenn dies als Teil der Informationsrecherche für ihr MdB notwendig wird, die Kontaktaufnahme mit den Fraktionsmitarbeitern im Brüsseler Verbindungsbüro des Bundestages oder mit der Kommission zu.

„Also es gibt nicht nur diesen Austausch auf der Abgeordnetenebene, sondern mindestens so intensiv auch auf der Mitarbeiterebene, also die für Europapolitik zuständig sind, die Wissenschaftlichen Mitarbeiter sowieso, aber auch von Fachabgeordneten.“ (MdB 2)

#### Wissenschaftliche Koordination des Arbeitskreises 4

Die Wissenschaftlichen Koordinatoren der Fraktions-Arbeitskreise nehmen als Bindeglied zwischen den Fraktionsmitarbeitern im Brüsseler Verbindungsbüro und der Berliner Fraktion eine wichtige Position in der Koordination der Europapolitik ein, die am Beispiel des Koordinators des AK 4 exemplarisch erläutert werden soll. Er bekommt Informationen, die von den Fraktionsreferenten in Brüssel direkt an die europapolitischen MdB geschickt werden, stets in Kopie. Er fungiert als „zweite Sicherung“, der die Adressaten prüfen und Informationen zusätzlich an weitere AK-Mitglieder weiterleiten kann – und somit einen Überblick über die im AK bearbeiteten Themen hat. Informationen, die den Kollegen im Verbindungsbüro relevant erscheinen, denen sie jedoch keinen eindeutigen Adressaten zuordnen können, werden dem Koordinator zur Zuordnung und Verteilung übermittelt.

Weiterhin ist er an der Schwerpunktsetzung anhand der jährlichen Europapolitischen Vorausschau beteiligt. In der Folge der Schwerpunktsetzung hat er bezogen auf den AK 4 einschließlich der AG Europa ein Auge auf deren Umsetzung. Insofern hat er für einen wichtigen Teil der europapolitischen Arbeit der Fraktion eine koordinierende Funktion.

Auch für die Herstellung und Unterhaltung von Kontakten spielt der Koordinator eine Rolle. Innerhalb seines AK ermuntert er die Arbeitsgruppen und einzelne Abgeordnete dazu, Reisen nach Brüssel zu unternehmen, um Arbeitskontakte zu EP-Abgeordneten herzustellen.

len. Ganze AGs begleitet er gelegentlich. So hat er stets einen Überblick darüber, welche Kontakte innerhalb des AK 4 bestehen – und an welcher Stelle es möglicherweise noch Verbesserungsbedarf gibt. Außerdem bemüht er sich um stetigen Kontakt zum Referat PA 1 der Bundestagsverwaltung. Einzelne Mitarbeiter werden immer wieder zu Sitzungen von Arbeitsgruppen eingeladen.

Insgesamt liegt die Bedeutung des Wissenschaftlichen Koordinators sowohl im Allgemeinen als auch in Bezug auf die Europapolitik seines Arbeitsbereichs im Gesamtüberblick, den er über die Themen und Aktivitäten der betreffenden Abgeordnetenbüros hat. „Also, wissen, was läuft, ist natürlich eine ganz wichtige Geschichte.“ (MA Fraktions-AK)

### Koordination der Europagruppe der Grünen im Europäischen Parlament

Neben dem Koordinator des AK 4 der Bundestagsfraktion wurde auch der Koordinator der Europagruppe der Grünen interviewt, da er für den Austausch zwischen Parlamentariern und Angestellten beider Ebenen eine wichtige Rolle spielt. Als Konterpart zu den Europareferentinnen in Berlin stellt er für die 14 grünen MdEP aus Deutschland eine Schnittstelle zur Bundestagsfraktion dar: „[S]o wie meine Kollegin in Berlin die Brücke nach Europa bauen soll, soll ich praktisch von Brüssel die Brücke nach Berlin bauen.“ (MA EP-Fraktion)

In dieser Funktion steht er in engem Kontakt mit den Europareferenten im AK 4, im Fraktionsvorstand und im Brüsseler Verbindungsbüro des Bundestages. In Absprache mit den Berliner Referentinnen werden Themen fokussiert, die sowohl für Europa- als auch für Bundestagsabgeordnete eine breitere Relevanz haben und bei denen daher ein inhaltlicher Austausch sinnvoll erscheint. Zu diesem Zweck organisiert der Koordinator bei Bedarf beispielsweise Telefonkonferenzen mit den zuständigen Abgeordneten beider Ebenen, soweit ein entsprechender Austausch nicht aus Initiative der jeweiligen Parlamentarier bereits geschieht. Als Beispiel wurde im Interview die zu diesem Zeitpunkt bevorstehende Inanspruchnahme des „Euro-Rettungsschirms“ durch Irland genannt. Ziel ist eine engere Vernetzung der Fachabgeordneten auf Bundes- und EU-Ebene. Um dies zu erreichen, ist es dem Koordinator ein Anliegen, in Berlin für die Mitglieder der Europagruppe als *Fachpolitiker* zu werben. Sie sollen von ihren Kollegen im Bundestag nicht pauschal als Europa-Politiker gesehen werden, sondern als Fachpolitiker auf bestimmten Gebieten.

„[W]eil wir davon wegkommen wollen, dass Europa oder alle europäischen Themen immer als Europapolitik gesehen werden [...]. Da gibt es beispielsweise Jan Philipp Albrecht, der ist für uns im Ausschuss im Europäischen Parlament für Innen und Justiz zuständig und ich versuch ihn erst mal so zu ‚verkaufen‘ und nicht: Jan Philipp Albrecht ist einer von 14 deutschen grünen Abgeordneten im Europäischen Parlament.“ (MA EP-Fraktion)

Auch der Austausch auf Mitarbeiterebene wird zu fördern versucht, indem Reisen in die deutsche Hauptstadt organisiert werden. So waren im Jahr 2010 alle Mitarbeiter der deutschen grünen MdEP für zwei Tage in Berlin, um die Bundestagsfraktion, die dortigen Mitarbeiter und das politische Berlin kennenzulernen.

Für die Förderung des Austausches zwischen Parlamentariern ist eine genaue Kenntnis der Agenden beider Seiten unerlässlich. Über den Kontakt per Telefon und E-Mail hinaus reist der Koordinator der Europagruppe häufig nach Berlin. Im Schnitt verbringt er dort etwa

eine Woche pro Monat. Nach Möglichkeit nimmt er an den Sitzungen der AG Europa teil, wo er sich zum einen über Themen und Positionen der Bundestagsabgeordneten informiert, zum anderen Auskunft über die Position grüner MdEP und Diskussionen auf EU-Ebene gibt. Nach Möglichkeit nimmt er darüber hinaus auch an den Sitzungen des AK 4 sowie der Gesamtfraktion teil. Der intensiveren Verknüpfung bundes- und europapolitischer Agenden dient ferner die Teilnahme an Sitzungen und Klausuren des Bundesparteivorstandes. Bei allen Tätigkeiten läuft eine zentrale Aufgabe mit: die Sensibilisierung der Bundestagsabgeordneten und ihrer Mitarbeiter für europäische Themen, die von nationaler Ebene aus betrachtet nicht unmittelbar relevant erscheinen:

„[Es ist] ein Teil meiner Arbeit oder meiner direkten Kollegen in der Bundestagsfraktion, dafür zu sensibilisieren, zu sagen, okay, das ist für euch auf nationaler Ebene medial nicht das wichtigste Thema, aber da solltet ihr doch vielleicht mal ein Augenmerk drauf werfen und vielleicht auch mal überlegen, ob ihr da nicht doch auf parlamentarischer Ebene was auf den Weg bringen möchtet.“ (MA EP-Fraktion)

#### Förderung der Europafähigkeit: jüngste programmatische Ansätze

Die Sensibilisierung für Europapolitik innerhalb der Bundestagsfraktion soll neuerdings systematischer angegangen werden. Drei Fraktionsreferentinnen haben vor wenigen Jahren ein Konzeptpapier mit dem Titel „Europafähigkeit der Fraktion stärken“<sup>13</sup> entworfen, das darauf zielt, die Mitarbeiter der Fraktion und der MdB-Büros mit dem Ablauf politischer Entscheidungsprozesse in der EU besser vertraut zu machen. Ihre Fähigkeit, die Bedeutung europäischer Impulse für die nationale Gesetzgebung zu erkennen, soll gestärkt und die Bundestagsfraktion insgesamt besser mit der Europagruppe vernetzt werden. Das Papier gibt einen Überblick über bestehende Maßnahmen und enthält Ergänzungsvorschläge, die von der neu eingerichteten Europa-Referentenstelle beim Vorstand vorangetrieben werden sollen. Für die Unterstützung des Vorstandes hat laut einer Fraktionsreferentin auch die Rückendeckung eines europapolitisch versierten Abgeordneten gesorgt, der als Politischer Koordinator eines Arbeitskreises Mitglied des Fraktionsvorstandes ist.

Genannt wird in dem Papier etwa die Möglichkeit für Fraktionsreferenten, ein bis zwei Monate bei der EP-Fraktion zu hospitieren, um die EU-Kompetenz auch in den nicht EU-spezifischen Fachbereichen zu stärken. Eine weitere Maßnahme, die bereits vor einigen Jahren entwickelt wurde, ist die Ernennung von „Europa-Lotsen“ mit besonderem Interesse an Europapolitik und an Europa sowie an der Weiterentwicklung ihrer EU-Kompetenz als Ansprechpartner für Kollegen. Diese Maßnahme befand sich zum Zeitpunkt der Interviews in der Evaluierung. Nach Aussage einer Fraktionsmitarbeiterin ist es den „Europa-Lotsen“ bislang nicht gelungen, ihre Rolle gegenüber den Kollegen zu finden und tatsächlich als Lotsen wahrgenommen zu werden. Es habe ihnen, so die Einschätzung der Mitarbeiterin, auch die Möglichkeit zur Weiterbildung gefehlt. An diesem Manko wurde gearbeitet, mittlerweile gibt es für das Fraktionspersonal verschiedene Typen von Fortbildungen, darunter Basisschulungen zu Grundkenntnissen des Systems, der Politiken und Politikprozesse der EU. Darüber hinaus wurde ein Planspiel für Mitarbeiter entwickelt, die bereits eine gewisse EU-

---

<sup>13</sup> Der Inhalt des internen Papiers wurde von zwei Gesprächspartnern im Interview vorgestellt.

Grundkompetenz besitzen. Sie schlüpfen darin in die Rollen verschiedener Akteure eines europäischen Rechtssetzungsprozesses und spielen das Verfahren selbst nach. Das Planspiel ist zum Stand der Interviews einmal gelaufen und wird von der befragten Fraktionsreferentin positiv bewertet.

Die weitere Entwicklung des Konzeptpapiers war zum Zeitpunkt der Untersuchung noch offen – die Inhaberin der Vorstands-Referentenstelle kann sich schließlich erst seit deren Besetzung mit der Umsetzung befassen –, jedoch besteht von Seiten des Fraktionsvorstandes ein Interesse an seiner Weiterverfolgung: „[D]ieses ganze Thema, wie man sich im Bereich Europapolitik und Beteiligung Bundestag besser aufstellt und wie man das intern in der Fraktion umstrukturiert, ist ja eine entscheidende Frage für alle Fraktionen [...]“ (Ref. Fraktion 2)

### Bundestagsabgeordnete

Die grüne Bundestagsfraktion zeichnet sich durch die Besonderheit aus, dass sie über drei Sprecher im Bereich der Europapolitik verfügt: Europa allgemein, Auswärtige Beziehungen der EU sowie Osteuropa. Die beiden Sprecher für Europa und für Auswärtige Beziehungen der EU sind ordentliche Mitglieder des EUA. Die beiden weiteren Grünen-Mitglieder im EUA sind Fachpolitiker aus den Bereichen Agrarpolitik und Rechtspolitik. Die stellvertretenden Mitglieder decken darüber hinaus die Bereiche Finanzpolitik, Entwicklungspolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz, Energiepolitik sowie maritime Politik ab. Bei der Besetzung des Ausschusses wird darauf geachtet, verschiedene Politikbereiche abzudecken, die zu den Kernbereichen der Europapolitik gehören, um dem Querschnittscharakter der im Ausschuss behandelten Themen Rechnung zu tragen.

„Und ich hab dann immer versucht, dass ich [...] möglichst aus jedem AK jemanden hatte, zumindest einen Stellvertreter hatte, so dass alle Spezialgebiete der parlamentarischen Arbeit, die europapolitisch relevant sind, vertreten sind.“ (MdB 2)

„Der EUA ist ja ein interdisziplinäres Gremium und jemand, der sich ausschließlich mit den Details der EU-Politik auskennt, der Komitologie, hilft ja nicht wirklich weiter“ (MdB 1)

Um über die europapolitische Dimension ihres Fachbereiches ausreichend informiert zu sein, unterhalten die Abgeordneten eine Vielzahl von Kontakten. Von den Fraktionsmitarbeitern im Verbindungsbüro bekommen sie Informationen zu ihren Politikbereichen direkt zugeschickt. Auch für Nachfragen steht das Verbindungsbüro zur Verfügung. Eines der befragten MdB-Büros gab an, diesen Kontakt etwa zweimal monatlich zu nutzen. Die Übermittlung von Dokumenten und Neuigkeiten aus Brüssel wird von den MdB und ihren Mitarbeitern als sehr nützlich eingeschätzt. Nicht nur die Informationen an sich, sondern auch die Unterstützung im Zeitmanagement wird positiv beurteilt: „[Es ist] auch hilfreich, dass die Kollegin uns sagt, was da der Zeithorizont auf europäischer Ebene ist. Und dass sie natürlich auch gleich die Bundestagebene mitdenken kann.“ (MA MdB 1)

Über die Fraktionsmitarbeiter im Verbindungsbüro steht den Abgeordneten zudem ein großes Kontaktnetzwerk zur Verfügung, das etwa für Gespräche bei Reisen nach Brüssel genutzt werden kann. Auf den wöchentlichen Bericht aus Brüssel des Europareferats der



Bundestagsverwaltung sowie auf die für ihn relevanten Sachstandsberichte zu hat jedes MdB über das Intranet des Bundestages Zugriff.

Zu Europaabgeordneten aus Deutschland besteht ein weites Beziehungsnetz. Beide befragten Bundestagsabgeordneten gaben an, in ihren fachpolitischen Bereichen enge Kontakte zu MdEP zu unterhalten – je nach Arbeitsgebiet auch zu mehreren. Der Austausch erfolgt per Telefon und Mail sowie über die Büros, die einige MdEP in Berlin unterhalten. Persönliche Treffen zwischen einzelnen Abgeordneten beider Ebenen gibt es ebenfalls, wenn auch nicht zu festen Terminen. Die Häufigkeit gab einer der Abgeordneten mit etwa einmal im Monat an. Immer wieder gibt es auch gemeinsame Veranstaltungen zu fachpolitischen Themen. Beispielhaft genannt wurden eine gemeinsame Anhörung im Europäischen Parlament, bei der neben einem MdEP ein MdB als Ko-Veranstalterin auftrat, sowie öffentliche Veranstaltungen wie Diskussionsrunden. Genannt wurde auch eine Zusammenarbeit beim sogenannten Swift-Abkommen zwischen der EU und den USA über den Austausch personenbezogener Daten, die neben einem MdEP, Mitgliedern eines Arbeitskreises der Bundestagsfraktion und dem europapolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion auch den Justizsenator eines Bundeslandes einschloss. Neben parlamentarischen Initiativen im Europäischen Parlament und im Bundestag wurde auch ein Antrag im Bundesrat eingebracht.

„[D]ie haben sich eben sehr früh zusammengesetzt und überlegt, wie sie mit Swift umgehen, und dann hat eben auf allen drei Ebenen eine sehr dezidierte Abstimmung stattgefunden [...].“ (MA EP-Fraktion)

Obwohl die Zusammenarbeit also vorrangig auf einer thematischen Ebene stattfindet und dabei auch persönliche Faktoren wie Bekanntschaften und Freundschaften eine Rolle spielen, wird das Beziehungsnetz durchaus als „strukturell“ oder „systematisch“ betrachtet. Als Begründung wird zum einen der Koordinator der Europagruppe als wichtiger Verbindungsmann zur Europagruppe genannt, zum anderen die Vernetzung der Abgeordnetenmitarbeiter. Diese wird auch durch Mitarbeiterreisen nach Brüssel gefördert.

„[D]as ist schon auch strukturell. Also wir haben so ein Verfahren, dass zum Beispiel die Mitarbeiter jetzt auch von allen Fachausschüssen in Abständen, wie auch immer, nach Brüssel fahren, sich dort mit den Mitarbeitern der Abgeordneten zusammensetzen, um zu gucken, wie funktioniert das EP eigentlich, um die Sensibilität für Arbeitsprozesse zu erhöhen. Also es gibt nicht nur diesen Austausch auf der Abgeordnetenebene, sondern mindestens so intensiv auch auf der Mitarbeiterebene, also die für Europapolitik zuständig sind, die Wissenschaftlichen Mitarbeiter sowieso, aber auch von Fachabgeordneten [...]. Da ist keiner zu verpflichtet, aber das wird schon häufig genutzt. Also häufiger in den letzten fünf Jahren, das ist also viel intensiver geworden.“ (MdB 2)

Eine systematische Zusammenarbeit oder Abstimmung der Positionen zu EU-Vorlagen findet nicht statt. Wohl aber wird bei großen europapolitischen Themen wie etwa dem Umgang mit der Finanzkrise intensiv das Gespräch mit Mitgliedern der Europagruppe gesucht. Dazu nehmen gelegentlich auch MdEP an Fraktionssitzungen oder Arbeitskreissitzungen der Bundestagsfraktion teil. Zum Teil bemühen sich MdEP bei wichtigen Themen auch, ihre Arbeit in der Bundestagsfraktion vorzustellen und dafür zu sensibilisieren, damit auch MdB die Thematik aufgreifen und innerhalb des Bundestages dazu aktiv werden. Aufgrund der internationalen Zusammensetzung der grünen Fraktion im Europäischen Parlament finden solche Besuche und Inputs nur in die eine Richtung statt.

„[W]enn [...] ein deutscher EP-Abgeordneter hier in die grüne Fraktion kommt, ist es irgendwie selbstverständlich und da mokiert sich auch keiner, aber wenn ein deutscher Bundestagsabgeordneter in die gemischte Grünen-EP-Fraktion kommt, dann gibt es eben aus anderen Ländern einige Leute doch immer, die sich ein bisschen bedrängt fühlen, wenn da die Deutschen jetzt plötzlich auch noch mit einem Bundestagsabgeordneten in der EP-Fraktion auftauchen. [...] [D]ie deutschen Grünen sind natürlich immer die stärksten hier, immer am meisten und so und da gib'ts dann natürlich so Sensibilitäten und das muss man auch verstehen.“ (MdB 2)

Insgesamt wird der Austausch mit MdEP der eigenen Partei von den interviewten Bundestagsmitgliedern klar als Gewinn, der schnelle Informationsfluss auf direktem Wege als äußerst positiv und nützlich bewertet, da er den Wissenshorizont erweitert: „[E]s ist für beide Seiten in aller Regel ein Kompetenzgewinn.“ (MdB 2)

Bei Kontakten zur Europäischen Kommission bestehen große Unterschiede zwischen den Abgeordneten. Ein befragtes MdB gab an, bislang abgesehen von einer Nachfrage zu einem bestimmten Thema keine regelmäßigen Kontakte zur Kommission zu unterhalten, was auch mit dem noch relativ neuen Bundestagsmandat begründet wurde. Entsprechende Informations- und Austauschkanäle aufzubauen wird also nicht abgelehnt, sondern für die Zukunft durchaus als möglich erachtet. Ein anderes MdB sprach von guten persönlichen Kontakten in die Kommission, die auch Besuche auf seinen Reisen nach Brüssel umfassen. Für die gesamte Fraktion sieht er hier allerdings Ausbaupotenzial. Eine langjährige Fraktionsmitarbeiterin, die einen guten Überblick über die Vernetzung ihrer Fraktion hat, bestätigte dieses uneinheitliche Bild. Persönliche Erfahrungen und Bekanntschaften einzelner Abgeordneter spielen dabei eine Rolle.

„Das ist sehr unterschiedlich nach meiner Einschätzung. Also es gibt [...] Abgeordnete oder Büros oder auch Referenten, die [...] waren in Brüssel, haben dort Leute in der Kommission getroffen, die mit ihren Themen sozusagen dort befasst sind, und haben so eine Art Kontakt aufgebaut, der auch irgendwie hält, also der auch oft dazu führt, dass die immer mal wieder zumindest sich austauschen. [...] [W]ie so oft, nicht, hängt das dann auch oft an Personen oder es hängt daran, ob man da positive Erfahrungen gemacht hat, ob sowas dann funktioniert und wie lange das funktioniert. Und es gibt andere, die diesen Weg bisher gar nicht für sich entdeckt haben.“ (Ref. Fraktion 1)

Zu Abgeordneten anderer nationaler Parlamente wird kaum Kontakt zum Austausch über europapolitische Fragen unterhalten. Ein Interviewpartner verwies dabei auf das relativ geringe Potenzial der Grünen, die nur in wenigen nationalen Parlamenten in der EU stark vertreten sind. Zudem ist der Deutsche Bundestag das einzige nationale Parlament, dessen Brüsseler Dependance eine duale Struktur aus Verwaltungs- und Fraktionsangehörigen hat. Brüsseler Kontaktleute anderer nationaler grüner Parlamentsfraktionen gibt es somit nicht.

NGOs und Think Tanks, die im Fachgebiet der Interviewperson auf der europäischen Ebene aktiv sind, werden als wertvolle Informationslieferanten, der Austausch mit ihnen als sehr wichtig betrachtet. Dem Austausch dient auch die Teilnahme an thematischen Konferenzen und Kongressen. Ferner werden Vertreter von NGOs nach Berlin eingeladen: „Also das läuft im Grunde sehr, sehr gut, das kann ich nicht anders sagen. Und ich denke, dass das den anderen Fraktionsmitgliedern ganz genauso geht, also dass wir da nicht alleine dastehen.“ (MdB 1)



Die Bundesländer sind für die Informationsgewinnung und den Austausch im Bereich der Europapolitik begrenzt relevant. Bedeutung wird den Informationen der Landesvertretungen in Brüssel zugerechnet. Sie gelten als gut informiert und ihre Berichte über Verhandlungen im Rat als aufschlussreich, da ausführlicher als die entsprechenden Berichte der Bundesregierung, vor allem bei der Beleuchtung von Konflikten. Ein tatsächlicher Austausch mit Landespolitikern wird nur im Rahmen der Europa-Bund-Länder-Treffen beschrieben. Angesichts der wenigen grün (mit-)regierten Länder wird aber auch hier keine systematisch stärkere Zusammenarbeit mit solchen Ländern als mit anderen gesehen. Insgesamt ist die Vernetzung der Fraktion in der Europapolitik aus Sicht des Interviewpartners mit der längsten parlamentarische Erfahrung in den vergangenen Jahren spürbar intensiver geworden, werden die möglichen Informationskanäle besser genutzt – nicht nur von europapolitischen Experten der Fraktion, sondern auch von Fachpolitikern. Die Ausweitung der Subsidiaritätskontrolle infolge des Lissabon-Vertrags (vgl. hierzu Vollrath 2012) hat keine Zuständigkeitsänderung gebracht. Verantwortlich für die Subsidiaritätsprüfung ist innerhalb der Fraktion jeweils das Büro des Abgeordneten, der sich für die Fraktion mit einer Vorlage beschäftigt. Insgesamt wird dieses Instrument aber für die Fraktion nicht als besonders bedeutsam eingestuft, da es mit einem Quorum versehen ist und daher für eine einzelne nationale Parlamentsfraktion weniger interessant ist. Die Möglichkeit der Stellungnahmen nach Art. 23 GG bietet dagegen die Option, sich tatsächlich *inhaltlich* zu positionieren.

Die Frage nach der Nutzung direkter Kontakte in die EU-Kommission für den Versuch, Politik auf der europäischen Ebene zu beeinflussen, wird von den Abgeordneten sehr unterschiedlich beantwortet. Ein MdB gab an, bei einigen Themen häufiger in direkten Gesprächen mit Kommissionsmitarbeitern die Position der Fraktion deutlich gemacht zu haben. Vonseiten der Kommission werde dies positiv aufgenommen. Das andere MdB verfügt noch nicht über Kontakte in die Kommission, kann sich deren Aufbau aber vorstellen.

„[W]enn wir uns vielleicht dem nächsten Thema widmen, [...] wo wir uns jetzt erst mal einarbeiten und da kann es in einem, anderthalb Jahren natürlich schon sein, dass man da auch intensiver mit den Kommissionsmitarbeitern zusammenarbeitet und versucht, an der einen oder anderen Stelle Einfluss zu nehmen. Also das wird am Ende so sein [...].“ (MdB 1)

Ein formaler Weg der direkten Mitsprache auf der europäischen Ebene ist die Teilnahme an Konsultationen der Kommission zu ihren Vorhaben, beispielsweise zu Grün- und Weißbüchern. Sowohl einzelne Abgeordnete und Gruppen von Abgeordneten als auch die Gesamtfraktion nehmen immer wieder an Konsultationen teil. Dies wird durchweg als sinnvolle Möglichkeit betrachtet, die eigene Position zu einem bestimmten Vorhaben der Kommission frühzeitig in die politische Diskussion einzubringen. Ein Abgeordnetenbüro begründete diese Einschätzung damit, dass die Position der Kommission in der Diskussion mit dem Rat durch eine Konsultation mit hoher Beteiligung mehr Gewicht bekomme. Insofern ermöglicht die Teilnahme an einem Konsultationsverfahren zwar nicht das Werben für ein spezifisches eigenes Anliegen, wohl aber, falls ein gemeinsames Interesse vieler Parlamentarier vorliegt, das Einbringen dieser Position in Verhandlungen zwischen EU-Institutionen auf indirektem Wege.

### Europaabgeordnete

Die Angaben der befragten Europaabgeordneten zu ihren Verbindungen in die Bundestagsfraktion spiegeln diejenigen der Bundestagsabgeordneten wider. Beide MdEP, und in der Vergangenheit auch der Bundesvorsitzende als früherer MdEP, unterhalten engen Kontakt zu ihren fachpolitischen Konterparts in Berlin. Einer nimmt die Treffen zweier Bundesarbeitsgemeinschaften nach Möglichkeit wahr. Einer ist als mitwirkungsberechtigtes Mitglied im EUA des Bundestages bestrebt, an dessen Sitzungen teilzunehmen, was durch die vier neu angesetzten jährlichen Termine an Montagen oder Freitagen etwas leichter möglich geworden ist.<sup>14</sup> Den Austausch zwischen den Ebenen beschreiben beide als sehr wichtig: Zum einen könnten grüne MdEP bei grünen Bundestagsabgeordneten für ein europäisches Vorhaben werben. Andersherum könne die grüne Fraktion im Europäischen Parlament in den Verhandlungen des Parlaments mit Rat und Kommission von Rückenwind aus den nationalen Parlamenten profitieren.

Anfragen von Kollegen aus dem Bundestag nach Informationen in europapolitischen Angelegenheiten oder konkreten EU-Vorlagen erhalten beide befragten MdEP anlassbezogen, aber nicht regelmäßig. Beide sehen eine zunehmende Öffnung der Bundestagsabgeordneten gegenüber MdEP, die sich in einer langsamen Intensivierung der Kontakte niederschlägt. Dass beide Parteivorsitzende Erfahrung als MdEP haben und daher wissen, „wie Europa tickt“, wird positiv bewertet. Der Austausch, zugleich aber auch die Autonomie, die die Europagruppe gegenüber der Partei und der Bundestagsfraktion genießt, sei bei den Grünen traditionell besonders stark ausgeprägt:

„Wir Grünen sind ja sowieso die Europapartei, nicht nur von außen, auch von innen, also wir haben da schon enge Kontakte, wir haben auch Differenzen eben mit unserer Bundestagsfraktion auch ausgetragen bei europapolitischen Fragen oder bei Umweltfragen.“ (MdEP 1)

„[E]s gibt auch Europaparlamentarier, die werden von ihren nationalen Parteien quasi, nicht gerade am Gängelband geführt, aber so ähnlich. Das ist bei uns Grünen traditionell schon ganz anders.“ (MdEP 1)

Dem Austausch zwischen Bundestagsfraktion und Europagruppe dienen auch Zusammenkünfte der jeweiligen Spitzen. Zu den Klausuren der Bundestagsfraktion werden der Sprecher der Europagruppe, Reinhard Bütikofer, und die Ko-Vorsitzende der grünen Fraktion im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, eingeladen. Auch zwischen dem Vorstandspersonal der Bundestagsfraktion und den beiden genannten Führungspersonen auf Ebene des Europäischen Parlaments gibt es etwa ein bis zwei Treffen pro Jahr.

Dass Kollegen aus der Bundestagsfraktion versuchen, in Gesprächen mit der Kommission direkt auf der europäischen Ebene Vorhaben zu beeinflussen, ist den beiden MdEP nach eigenen Aussagen nicht bekannt. Einer gab an, auch in seiner Zeit als MdB nichts Entsprechendes unternommen zu haben.

---

<sup>14</sup> Diese Neuerung nannte auch der Leiter des Referats PA 1 im Interview. Daten über die Teilnahme der mitwirkungsberechtigten MdEP aller Fraktionen an den EUA-Sitzungen zu erhalten, um diese auf mögliche Unterschiede in zu analysieren, war leider nicht möglich. Das Sekretariat des EUA führt nach eigenen Angaben keine entsprechende Statistik (Schriftliche Auskunft des EUA-Ausschusseksretariats vom 08.11.2010).

## 4. Analyse und Hypothesenprüfung

Die empirischen Daten aus den Interviews werden im Folgenden theoriegeleitet geprüft. Die Analyse folgt wiederum den vier Dimensionen der Europäisierung.

### 4.1 EU-Expertise

Die Hypothesen lassen erwarten, dass die Fraktion ihre EU-Expertise gezielt gestärkt hat, um ihre Handlungsfähigkeit zu bewahren. Kompetenz in Form geschulter Mitarbeiter und Abgeordneter sowie speziell für Europapolitik zuständigen Personals fördert die Fähigkeit der Fraktion, die parlamentarischen Möglichkeiten zu Mitsprache und Kontrolle in der Europapolitik der Regierung zu nutzen und eigene Standpunkte zu präsentieren – über Ausschussarbeit, insbesondere im EUA, Debattenteilnahme und parlamentarische Initiativen.

Die Grünenfraktion wird im EUA von vier ordentlichen sowie vier stellvertretenden Mitgliedern vertreten. Die Abdeckung verschiedener Politikbereiche, die sowohl Europapolitik als auch weitgehend vergemeinschaftete und europapolitisch stark relevante Themengebiete einschließt wie die Landwirtschaftspolitik sowie Rechts- und Finanzpolitik, zeigt, dass der Bedeutung Europas für viele Politikbereiche strategisch Rechnung getragen wird. Dies trägt dazu bei, Europapolitik in allen Politikbereichen betreiben zu können (vgl. Holzacker 2005: 436). Die Besetzung des EUA durch die Fraktion kann daher als deutliches Europäisierungsindiz gewertet werden.<sup>15</sup>

Auf der Mitarbeiterebene wurde die Europakompetenz in den vergangenen Jahren mehrfach durch personelle Aufstockungen erhöht, sowohl in Berlin als auch Brüssel. Mittlerweile hat die Fraktion fünf Mitarbeiter für Europapolitik, drei davon im Brüsseler Verbindungsbüro des Bundestages. Dies ist gemessen an der Fraktionsstärke eine bemerkenswert hohe Zahl. Nur die CDU/CSU-Fraktion ist mit vier Mitarbeitern, davon drei Referenten und eine Sachbearbeitung, stärker vertreten. Daher ist der Aussage einer Mitarbeiterin der Grünen als die kleinste Bundestagsfraktion zuzustimmen: „Also das deutet schon auch auf ne gewisse Prioritätensetzung hin.“ (Ref. Verbindungsbüro Fraktion)

In Berlin gibt es der Arbeitskreisstruktur der Fraktion entsprechend wie für andere Politikbereiche schon lange eine Referentenstelle für den Bereich Europapolitik. Diese ist dem AK 4 zugeordnet, der die AG Europa beinhaltet. Neben der fachlichen Zuarbeit für die Mitglieder des EUA fallen auch Koordinationsaufgaben in den Zuständigkeitsbereich dieser Stelle. Die Koordination der Europapolitik wurde darüber hinaus stark aufgewertet und personell ausgebaut, indem eine speziell für diesen Bereich zuständige Referentenstelle beim Geschäftsführenden Fraktionsvorstand eingerichtet wurde.

---

<sup>15</sup> Die Existenz von gleich drei europaspezifischen Sprecherposten dagegen kann nicht eindeutig als Hinweis für eine besondere Europa-Sensibilität der Fraktion oder für das Vorhandensein eines besonders hohen Niveaus an Europa-Expertise interpretiert werden. Denn dies entspricht der Gewohnheit der grünen Bundestagsfraktion: Sie weisen im Vergleich aller Bundestagsfraktionen sowohl absolut als auch anteilig an der Fraktionsstärke die höchste Zahl an fachpolitischen Sprechern auf, wie ein Vergleich der Internetauftritte der Fraktionen ergibt.

Für die Stelleninhaber der mit Europapolitik befassten Referentenstellen – sowohl in Berlin als auch in Brüssel – gilt, dass sie aus früheren beruflichen Tätigkeiten, in den meisten Fällen auch Studium (alle sind Politologen) und Praktika, über eine sehr gute Kenntnis der politischen Prozesse im System der EU verfügen. Diese Spezialisierung ist eine gute Voraussetzung dafür, andere in der Fraktion für Europapolitik sensibilisieren zu können und dazu beizutragen, dass die europäische Dimension in den unterschiedlichen fachpolitischen Bereichen mitgedacht und einbezogen wird.

Um dies zu fördern, haben sich die Europa-Referenten für Weiterbildungsangebote an alle fachpolitischen Mitarbeiter eingesetzt, um deren Europakompetenz zu erhöhen. Mit dem im Konzeptpapier „Europafähigkeit der Fraktion stärken“ zusammengefassten Maßnahmen wird somit versucht, Europapolitik in allen Fachbereichen zu verankern. Zum einen geschieht dies über die fachliche Fortbildung von Mitarbeitern, die mit Basisschulungen und einem Planspiel zwei Stufen umfasst und somit sowohl Anfänger als auch Personen mit Grundkenntnissen anspricht. Zum anderen wird die Vernetzung von Mitarbeitern mit ihren jeweiligen fachlichen Konterparts in der grünen Fraktion im Europäischen Parlament gefördert, was einer Strukturbildung dienlich ist. Zwar sind die Angebote nicht verpflichtend, der Ausbau der Europakompetenz wurde auf diese Weise jedoch systematisiert.

Kenntnisse des europäischen politischen Systems und der Beteiligungsrechte des Bundestages sind allerdings bislang nicht standardmäßig Voraussetzung für die Besetzung von Mitarbeiterstellen in vergemeinschafteten Politikfeldern. Auf entsprechende Einstellungskriterien zu achten ist dem einzelnen Abgeordneten überlassen. Dementsprechend ist es wahrscheinlich, dass dies gerade dort, wo ein Ausbau an Europakompetenz nützlich wäre, also in Büros von Parlamentariern, die nicht europa-fachspezifisch arbeiten, nicht in hohem Maße geschieht. Hier besteht Ausbaupotenzial. Insgesamt aber ist für den Bereich „Expertise“ zu konstatieren, dass die Analyse die theoretischen Erwartungen bestätigt hat. Ein Ausbau von Sachverständnis als Dimension der Europäisierung ist deutlich erkennbar.

#### **4.2 Informationskanäle**

Gemäß den Hypothesen ist zu erwarten, dass die Fraktion Informationskanäle etabliert hat, um in der deutschen Europapolitik effektiv mitarbeiten zu können. Sie dienen dazu, die „Informationslücke“ zwischen der Bundesregierung und der Grünenfraktion zu schließen (vgl. Raunio/Hix 2000). Die Untersuchung zeigt, dass unter den Beziehungen der Bundestagsfraktion zur europäischen Ebene diejenigen zu grünen Europaabgeordneten den größten Raum einnehmen. Zahlreiche Abgeordnete und ihre Angestellten pflegen Kontakte zu Kollegen im Europäischen Parlament. Meist handelt es sich dabei um fachliche Konterparts, die in etwa zu denselben Themen arbeiten. Im Rahmen dieser Beziehungen findet ein fachlicher Austausch über Telefon, E-Mail und gelegentliche gegenseitige Besuche statt. Punktuell kommt es zu Zusammenarbeit in einzelnen politischen Vorhaben der EU, etwa in Form von gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen. Genannt wurde auch eine gemeinsame Anhörung im Europäischen Parlament. Wo ein enger Kontakt und ein gutes persönliches Verhältnis zwischen Abgeordneten bestehen, kann ein regelmäßiger Austausch auch in parallele parlamentarische Initiativen münden, wie beispielsweise beim Swift-Abkommen geschehen. Bei den Kontaktpersonen von Bundestagsabgeordneten im Europäi-

schen Parlament handelt es sich weit überwiegend um deutsche MdEP. Die Kontakte laufen in der Regel formlos und direkt ab. Ein Großteil der Beziehungen der Fraktion zum Europäischen Parlament ist somit auf einer persönlichen Ebene angesiedelt und wenig systematisiert.

„[...] es ist wirklich sehr unterschiedlich, grade welche Themen Konjunktur haben, [...] bis hin zu der Frage, wie sich zwei Abgeordnete, also einer aus dem Bundestag, einer aus der Europafraktion, auch direkt kennen, [...] in der Regel funktioniert das wirklich sehr formlos und selbstverständlich.“ (MA EP-Fraktion)

Strukturelle Komponenten beinhalten die Beziehungen allerdings durchaus, und zwar durch die koordinierenden Stellen. Die Europareferenten der Bundestagsfraktion, die Wissenschaftlichen Koordinatoren der Arbeitskreise sowie der Koordinator der Europagruppe vermitteln Kontakte und werben für ihre Intensivierung. An Kooperationen zwischen Gruppen von Abgeordneten sind sie als Koordinatoren etwa über die Organisation von Telefonkonferenzen fallweise beteiligt. Voraussetzung für die vermittelnden und koordinierenden Tätigkeiten ist eine gute Kenntnis der jeweiligen Agenden beider Ebenen. Dies ist dadurch sichergestellt, dass sowohl die Leiterin des Fraktionsbüros in der Brüssel-Dependance des Bundestages als auch der Koordinator der Europagruppe häufig in Berlin sind und dort an Gremiensitzungen und Besprechungen mit Fraktionsmitarbeitern teilnehmen. Die Gruppe der Referenten und Koordinatoren trägt darüber hinaus zu einer Verstärkung der Kommunikation zwischen Bundestagsfraktion und Europagruppe bei, indem sie Arbeitskreis- und Arbeitsgruppenreisen nach Brüssel organisiert. Zur systematischeren Nutzung von Kontaktmöglichkeiten trägt weiterhin die Förderung der Vernetzung von Mitarbeitern bei, die neuerdings Bestandteil des beschriebenen Konzeptpapiers zur Stärkung der Europafähigkeit der Fraktion ist. Wechselseitige Einladungen zu Fraktionsklausuren und Treffen zwischen den Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise den Sprechern der Europagruppe tragen zudem zur wechselseitigen Kenntnis der Agenden bei.

Eine institutionelle Austauschmöglichkeit für die Europa-Fachpolitiker der Bundestagsfraktion und einzelne MdEP besteht über die Inklusion von letzteren in den EUA. In Übereinstimmung mit der einschlägigen Literatur (vgl. Auel 2006b, Hölscheidt 2001, Sterzing/Tidow 2001) ergibt die Analyse, dass diese Möglichkeit jedoch kaum praktische Auswirkungen hat, da die mitwirkungsberechtigten grünen MdEP aufgrund terminlicher Überschneidungen de facto kaum an Sitzungen des EUA teilnehmen.

Weiterhin wurde nach der Existenz *institutionalisierter* Formen des Austauschs der Fraktion mit den MdEP der Partei gefragt: auf Ebene der Gesamtfaktionen oder auf einer thematischen Ebene, also zwischen Arbeitskreisen oder Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion und denjenigen MdEP, die auf die korrespondierenden Politikfelder auf der EU-Ebene spezialisiert sind. Die Interviews ergaben, dass es entsprechende Zusammenkünfte in einem festen Rhythmus nicht gibt. Dies schließt die gelegentliche Teilnahme einzelner MdEP an Sitzungen von Arbeitskreisen oder Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion nicht aus, beschränkt diese allerdings auf anlassbezogene Kooperationen. Der Austausch ist also auf das Engagement einzelner interessierter Parlamentarier angewiesen und verbleibt somit auf einer Ad-hoc-Basis. Dies gilt weitgehend auch für das fest installierte ebenenübergreifende Forum, das auch die Ebene der Bundesländer einschließt: das halbjährliche Europa-Bund-Länder-

Treffen. Denn es ist nicht als Zusammenkunft *aller* Parlamentarier in verschiedenen thematischen Foren konzipiert, sondern hat jeweils nur ein einziges Thema und zieht daher nie die Gesamtheit der grünen Parlamentarier an. So fungiert es zwar als regelmäßige Kommunikationsplattform der Europapolitiker der Partei, da diese regelmäßig an den Treffen teilnehmen. Bei ihnen kann man also durchaus von einem institutionalisierten Austausch sprechen. Über die Europaspezialisten hinaus umfasst es jedoch nur sporadisch die Fachpolitiker. Je nach Thema des Treffens kommen beispielsweise die Parlamentarier und Parteimitglieder, die sich mit Strukturpolitik beschäftigen, zusammen. Hier kann das Treffen einen Anlass für Vernetzungen bieten, aus denen ein selbst initiiertes regelmäßiger Austausch entstehen kann. Ein regelmäßiges Forum für Letzteres bietet das Europa-Bund-Länder-Treffen für Fachpolitiker jedoch nicht.

Ogleich der Kontakt der Bundestagsfraktion zu den grünen MdEP ausbaufähig erscheint, schätzten Interviewpartner seine Entwicklung positiv ein. Der Austausch zwischen grünen Bundestags- und Europaabgeordneten habe sich in den vergangenen Jahren verdichtet, sagen MdB, MdEP und langjährige Mitarbeiter übereinstimmend. Insbesondere Fachpolitiker, die nicht auf Europa spezialisiert sind, beschäftigten sich mittlerweile mehr mit der europäischen Dimension ihrer Politikfelder und gingen stärker auf ihre thematischen Konterparts in der Europagruppe zu. Die Offenheit der MdB für Rat und Meinung ihrer Kollegen im Europäischen Parlament habe zugenommen, meinen die befragten Europaabgeordneten.

Ein noch weniger einheitliches Bild als die Kontakte zu MdEP ergibt die Frage nach der Nutzung der EU-Kommission als Informationslieferant. Während manche Abgeordnete und ihre Mitarbeiter ihre thematisch relevanten Ansprechpartner in der Kommission persönlich kennen und diese über telefonische oder Email-Nachfragen zu einzelnen Aspekten hinaus auch gelegentlich auf Brüssel-Reisen treffen, haben andere noch nie Kontakt mit der Kommission aufgenommen. Auch hier tragen in Einzelfällen AK- oder AG-Reisen nach Brüssel zum Aufbau von Kontakten bei, die dann vom jeweiligen Abgeordnetenbüro, nicht aber von einer koordinierenden Stelle der Fraktion gepflegt werden. Von einem tatsächlichen Informationskanal der Fraktion zur Kommission kann folglich nicht gesprochen werden.

Das Brüsseler Fraktionsbüro stellt insgesamt einen sehr wichtigen Informationskanal dar. Die Fraktionsmitarbeiter dort pflegen Kontakte zu allen EU-Institutionen und zu Verbänden. Sie sammeln Informationen zu allen Politikbereichen, filtern und sortieren diese und leiten sie in die Fraktion in Berlin weiter. Der enge Kontakt zu den Arbeitskreisen in Berlin und die genaue Kenntnis, die die Brüsseler Fraktionsmitarbeiter von der politischen Agenda der Bundestagsfraktion haben, ist die Grundlage für eine möglichst effektive Informationstätigkeit. Mit dem Wissen über die aktuellen Themen und Vorhaben der Fraktion können die Mitarbeiter in Brüssel Informationen passgenau aufnehmen und vermitteln. Das eigene Personal als Ergänzung zu den Serviceleistungen der Bundestagsverwaltung im Brüsseler Verbindungsbüro verbessert den Informationsfluss, da ein Vertrauensverhältnis zwischen den Fraktionsangehörigen besteht: „[W]enn ich von der Verwaltung wäre, dann würden die natürlich nicht so offen mit mir reden und sagen, was sie denn demnächst alles planen, Anträge oder Positionspapiere.“ (Ref. Verbindungsbüro Fraktion)

Auf diese Weise fungiert das Brüssel-Büro der Fraktion als „Horchposten“ oder Frühwarn-einheit und ermöglicht frühzeitiges parlamentarisches Engagement zu EU-Vorlagen.



Daneben dient es der Herstellung direkter Kontakte zwischen Fraktionsmitgliedern und EU-Institutionen, MdEP und Verbänden. Als EU-Experten und Netzwerker kann es passgenaue Kontakte vermitteln.

Transnationale Kontakte wurden bislang kaum zu Informationskanälen für Europapolitik ausgebaut. Grüne Abgeordnete in anderen Mitgliedsstaaten werden nicht gezielt um die Weitergabe von Informationen gebeten. Zwar sind insbesondere die EU-Fachpolitiker der Bundestagsfraktion auch Mitglied in verschiedenen Parlamentarischen Versammlungen oder Parlamentariergruppen und haben dadurch Zugang zu ausländischen Kollegen, für den auf konkrete EU-Politiken bezogenen Informationsaustausch oder gemeinsame Initiativen spielen diese Bekanntschaften allerdings keine große Rolle. Ein Ausbau in diesem Bereich hat für die Bemühungen zur Stärkung der Europafähigkeit in der Fraktion derzeit keine Priorität.

Im nationalen Raum scheint der Informationsfluss zur Bundestagsfraktion nur wenig stärker ausgeprägt. Die Bundesländer werden zwar über die Berichte ihrer EU-Vertretungen aus Verhandlungen des Rates der EU als Wissenslieferanten genutzt, ein wirklicher Austausch mit ihnen besteht jedoch nicht. In den Berichten der Ländervertretungen in Brüssel kann insbesondere die Beschreibung von Konflikten im Rat auch für die Bundestagsfraktion aufschlussreich sein, da sie die regelmäßige Unterrichtung des Bundestages durch die Bundesregierung ergänzt. Der umgekehrte Informationsfluss von der Bundestagsfraktion in die Fraktionen der Bundesländer nimmt einen größeren Raum ein.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die grüne Bundestagsfraktion hat sich innerhalb des europäischen Mehrebenensystems vernetzt beziehungsweise ist noch dabei, ihre Vernetzung auszubauen, um in der Europapolitik frühzeitig und unabhängig von der Bundesregierung informiert zu sein. Am bedeutendsten ist die Vernetzung mit der europäischen Ebene. Als zentraler Informationskanal wurde das Fraktionsbüro in der Brüssel-Dependance des Deutschen Bundestages ausgebaut. Beziehungen zur grünen Fraktion im Europäischen Parlament bestehen stärker auf der persönlichen als auf der Fraktionsebene, was erste Befunde anderer Studien bestätigt (vgl. Auel 2006b). Von systematischen, institutionellen Austauschbeziehungen lässt sich hier kaum sprechen, wenn auch die Kontakte zwischen MdB und MdEP dichter geworden sind. Systematisch sind dagegen die Bemühungen der Fraktion, Kontakte zwischen MdB und MdEP sowie ihren Mitarbeitern durch die Vermittlung von Ansprechpartnern und die Organisation von Reisen nach Brüssel zu fördern. Die theoretisch abgeleitete Erwartung, dass eine Europäisierung auch hinsichtlich der Informationsquellen der Fraktion stattgefunden hat, ist somit grundsätzlich bestätigt – wenngleich noch Ausbaupotenzial vorhanden ist. Für eine *abschließende* Bewertung ist es zu diesem Zeitpunkt zu früh, scheint es doch noch laufende Entwicklungen zu geben. Dass Informationskanäle in der nationalen und in der transnationalen Dimension bislang kaum existieren und derzeit auch nicht systematisch aufgebaut werden, ist teilweise mit der Größe der Partei und dem geringen Umfang der Regierungsbeteiligung in Deutschland und in den EU-Staaten zu erklären.

### 4.3 Fraktionsinterne Koordinierung der EU-Politik

Die Europäisierungshypothesen lassen erwarten, dass die Fraktion Routinen zur internen Koordinierung ihrer EU-Politik entwickelt hat. Folgende beide Fragen leiten die Analyse: Welche Einrichtungen wurden speziell für die EU-Koordination neu geschaffen? Wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Europapolitik Bestandteil jedes fachpolitischen Gebietes ist – und wenn ja: wie?

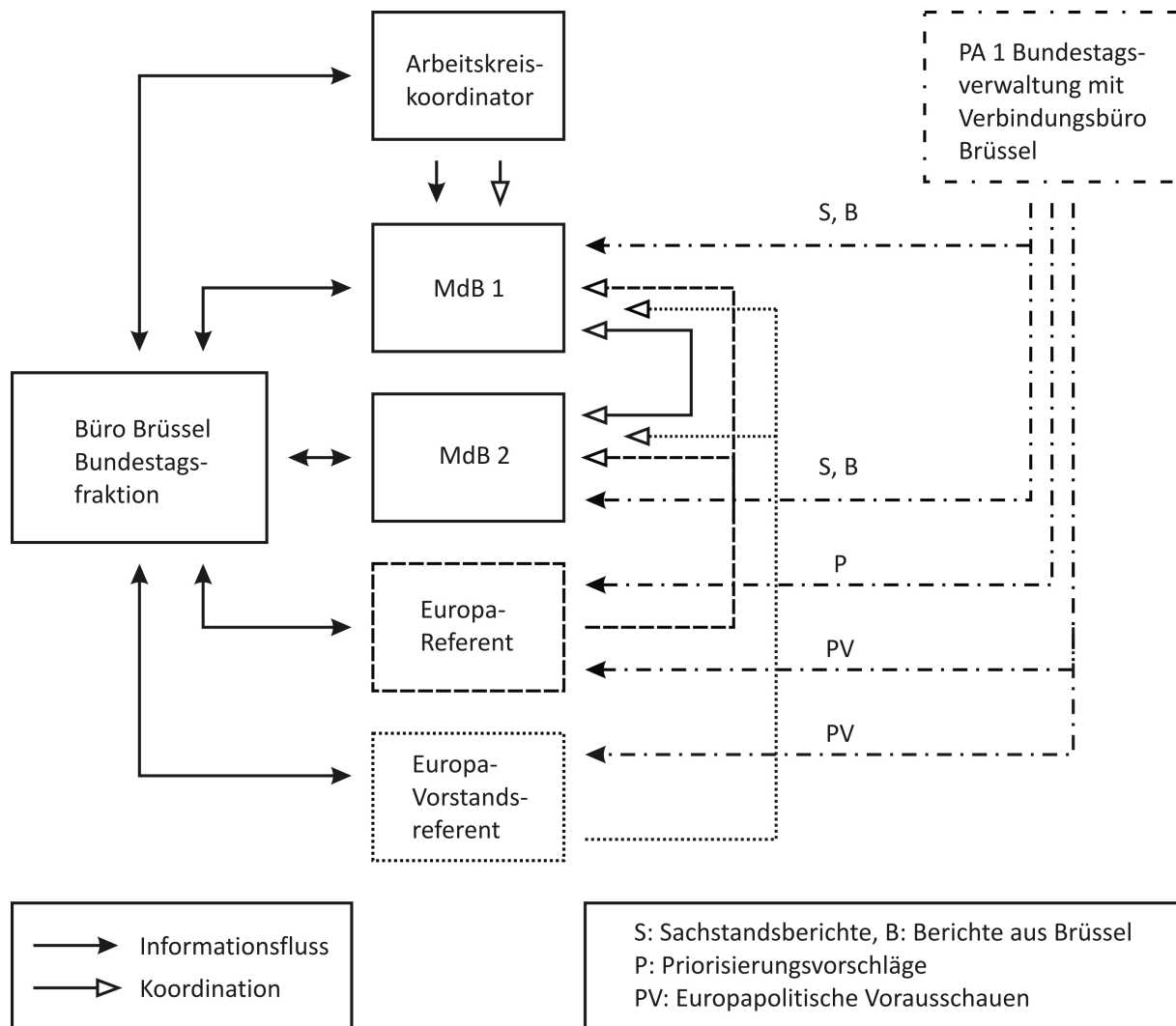
Die europapolitische Koordination der Fraktion erfolgt größtenteils dezentral: Es wird versucht, Europapolitik in den innenpolitischen Fachgebieten zu verankern. Zu diesem Zweck wurden koordinierende Zuständigkeiten teils Personen des Fraktionspersonals zugeschlagen, die in ihrem Politikfeld bereits koordinierende Aufgaben hatten. Teils liegt die Zuständigkeit bei zentralen Stellen, von denen aus explizit auf die Beschäftigung mit Europapolitik in allen Fachbereichen hingewirkt werden soll und die bei übergreifenden europapolitischen Themen vermitteln und steuern (Abb. 3). Zu den dezentralen Stellen gehören die Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abgeordneten, die Wissenschaftlichen Arbeitskreiskoordinatoren und die Fachreferenten der Arbeitskreise. Als zentrale neue Stelle wurde diejenige der Fraktionsreferentin beim Fraktionsvorstand „Europapolitik – Monitoring und Koordination“ eingerichtet. Daneben obliegen auch der Fraktionsreferentin für Europapolitik organisatorische und abstimmende Aufgaben in der Europapolitik. Die Entwicklung der zentralen Koordinationsstellen zeigt, dass die Koordination im EU-Bereich in zwei Schritten deutlich gestärkt wurde: zunächst durch die Addierung der Ebene „Europa“ zur Referentenstelle „Koordination Bund – Länder – Kommunen“ beim Fraktionsvorstand. Mit der darauffolgenden Ausgliederung des EU-Bereichs in eine eigene Stelle wurde die fraktionsübergreifende Europa-Koordination noch einmal deutlich aufgewertet.

Die Beschäftigung mit einer EU-Vorlage zeigt, wie Europapolitik in der Fraktion koordiniert wird: Die Priorisierungsvorschläge des Europareferats der Bundestagsverwaltung werden innerhalb der grünen Bundestagsfraktion getrennt nach Ausschüssen von Fraktionsreferenten geprüft. Bei allen Vorlagen, die aus Sicht des PA 1 dem EUA zugeleitet werden sollten, ist dies die Europareferentin. Je nach Ergebnis der Prüfung wird der Vorschlag der Verwaltung entweder im Gespräch mit den anderen Fraktionen revidiert oder unverändert akzeptiert. Steht eine EU-Vorlage dann auf der Tagesordnung eines Ausschusses, fällt sie wie jede Vorlage je nach Thema in den Zuständigkeitsbereich eines Abgeordneten der Fraktion. Sind andere Ausschüsse mitberatend, was bei Unionsvorlagen wie bei nationalen Gesetzentwürfen und Anträgen regelmäßig der Fall ist, so kommt es innerhalb der Fraktion zu inhaltlichen Abstimmungen zwischen den Büros der beteiligten Abgeordneten. Die Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abgeordneten werden dann wie bei innenpolitischen Vorlagen koordinierend tätig. Wenn die Fraktion einen eigenen Antrag zu einer EU-Vorlage einzubringen plant, sind wie bei rein nationalen Angelegenheiten Fraktionsreferenten oder Wissenschaftliche Mitarbeiter des betreuenden Abgeordneten damit betraut:

„[E]s gibt eigentlich keine besonderen Verfahren. Also das ist wie in anderen Sachen [...]. [...] [W]enn mehrere Ausschüsse oder mindestens zwei zuständig sind, gibt es eben überall diese Abstimmungsverfahren zwischen den Mitarbeitern.“ (MdB 2)



Abbildung 3: Europapolitischer Informationsfluss und europapolitische Koordination innerhalb der grünen Bundestagsfraktion



Quelle: eigene Darstellung

Eine intensivere Koordinierung wird notwendig, wenn der EUA in sehr großen, viele Sachbereiche übergreifenden Vorlagen federführend ist. Dies war beispielsweise in der Behandlung der Europa-2020-Strategie der Fall. Die Bedeutung solcher stark übergreifenden Themen erschließt sich Fachpolitikern in mitberatenden Ausschüssen häufig nicht unmittelbar, weshalb sie sich thematisch nicht betroffen fühlen. Hier greift die Europareferentin der Fraktion koordinierend ein. Als Europaexpertin hat sie die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass große europäische Vorhaben ohne eindeutigen thematischen Schwerpunkt nicht im parlamentarischen Alltag der Fraktion untergehen, sondern aktiv begleitet werden. Koordinationsarbeit bedeutet für die Europareferentin insofern oft, zunächst Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit in den beteiligten Abgeordnetenbüros zu leisten, also die Bedeutung der Vorlage für die verschiedenen Fachbereiche der Fraktion darzulegen und für eine eigene Initiative zu werben. In der anschließenden inhaltlichen Abstimmung zwischen Fachpolitikern und Fachreferenten, der Diskussion und dem Beschluss des Antrags in den betroffenen AK laufen die Fäden bei ihr zusammen. Sie betreut die Vorlage auch im weiteren parlamentarischen Ablauf: Sie arbeitet nicht nur beteiligten Abgeordneten etwa in Form von Sprechzetteln inhalt-

lich zu, sondern hält auch die Tätigkeit der beteiligten AK oder Abgeordnetenbüros im Blick und erinnert gegebenenfalls an notwendige Aktivitäten, kurzum: sie betreibt in einzelnen themen- und AK-übergreifenden EU-Vorlagen ein umfassendes Monitoring. Da dies von einer Referentenstelle mit genuin fachpolitischer Zuständigkeit aus nur in Einzelfällen möglich ist, und um ein umfassenderes Mainstreaming europapolitischer Themen in allen Fachbereichen zu erreichen, wurde in jüngster Vergangenheit die neue Referentenstelle beim GfV geschaffen. Durch die Ansiedlung beim Vorstand erfährt das Monitoring, das von hier aus künftig geleistet werden soll, eine besondere Autorität.

Bei manchen AK-übergreifenden Themen tritt als Koordinationsinstanz auch das Obleutentreffen in Erscheinung. Als Gremium, in dem alle Ausschuss-Obleute der Fraktion zusammenkommen, um die Ausschussarbeit der Fraktion abzustimmen, befasst es sich gelegentlich auch mit großen EU-Vorhaben. Ein Beispiel ist der Lissabon-Vertrag, in dessen Vorfeld etwa zu erwartende Themen, die auf die Ausschüsse zukommen, bereits vorab zu erörtern versucht wurden.

Ein Nebeneinander von dezentraler und zentraler Koordinierung je nach thematischer Reichweite prägt auch den Umgang mit EU-bezogenen Informationen (Abb. 3). Je nach inhaltlichem Bezugsradius gelangen diese an unterschiedliche Schnittstellen in der Fraktion. Die Schnittstelle zwischen dem Fraktionsbüro in der Brüsseler Dependance der Bundestagsverwaltung und der Fraktion in Berlin ist dezentral angesiedelt. Die Informationen und Dokumente aus Brüssel, die bereits von Fraktionsmitarbeitern vor Ort sortiert werden, werden zumeist direkt an das jeweilige Büro geschickt, per Kopie zusätzlich an den jeweiligen Wissenschaftlichen AK-Koordinator, der bei Bedarf noch weitere Abgeordnetenbüros informieren kann. Nur wenn kein geeigneter Empfänger bekannt ist, ein Thema im Brüsseler Fraktionsbüro aber dennoch für relevant gehalten wird, wird die Aufgabe der Weiterleitung vollständig an einen Wissenschaftlichen AK-Koordinator übertragen. In jedem Falle ist dieser in der Lage, bei besonders wichtigen, vielleicht mehrere Politikbereiche betreffenden Themen koordinierend einzugreifen. Insofern wurde die Funktion der Wissenschaftlichen Koordinatoren der AK als überblickswahrende Instanz in ihrem jeweiligen Fachbereich auf die Europapolitik ausgeweitet. Diese Konstruktion der Schnittstellen zwischen Brüsseler „Horchposten“ und Berliner Fraktion trägt dazu bei, Europapolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen und zu behandeln, da EU-bezogene Informationen ohne Umweg über eine koordinierende Stelle direkt an die fachpolitischen Einheiten gelangen.

Zwischen der Bundestagsverwaltung und der grünen Bundestagsfraktion existieren je nach Reichweite des thematischen Bezugs unterschiedliche Schnittstellen (Abb. 3). Die Behandlung der Priorisierungsvorschläge wurde bereits thematisiert. Sachstandsberichte und die wöchentlichen Berichte aus Brüssel des PA 1 werden dezentral in den Büros der einzelnen MdB ausgewertet. Für den Umgang mit den Europapolitischen Vorausschau des Referats PA 1 hat die Fraktion dagegen ein besonderes Verfahren zur zentral gesteuerten Koordinierung entwickelt. Ein Team aus Europafachleuten, dem die Vorstandsreferentin und die Leiterin der Fraktionsniederlassung im Brüsseler Verbindungsbüro angehören, berät zunächst, welches die wichtigsten europapolitischen Themen für die Fraktion in den kommenden zwölf Monaten sein könnten. Dazu entwickelt es Vorschläge für parlamentarische Initiativen, die im Laufe des Jahres sinnvoll erscheinen. Anschließend werden diese Überlegun-

gen in Gesprächsrunden mit den Wissenschaftlichen Koordinatoren und Fraktionsreferenten jedes Arbeitskreises einzeln beraten. Mit Blick auf die großen Linien der Gesamtfraktion werden so für jeden AK europapolitische Schwerpunkte festgelegt, die gleichrangig mit innenpolitischen Schwerpunkten verfolgt werden sollen. Ein spezielles Verfahren der zentralen Koordinierung soll also dafür sorgen, dass Europapolitik als Querschnittsthema behandelt wird. Die Festlegung von Schwerpunkten soll der Fraktion frühzeitiges parlamentarisches Handeln ermöglichen.

Insgesamt bestätigt die Analyse also die theoretische Erwartung, dass die Fraktion Routinen zur Koordinierung ihrer Europapolitik entwickelt hat. Im Wesentlichen wurde die Europapolitik in die „ganz normale“, dezentrale Fachpolitik eingegliedert. Spezielle zentrale Monitoringverfahren wurden für themenübergreifende Angelegenheiten entwickelt, die wiederum die fachpolitische Eingliederung, genauer die Berücksichtigung europapolitischer Vorhaben in der täglichen Fachpolitik, sicherstellen sollen. Entsprechend dem Ziel, Europapolitik als Querschnittsthema zu verankern – nach der Gleichung „Europapolitik = Innenpolitik“ – gibt es auch keine zentrale Schnittstelle für die Bündelung EU-bezogener Informationen. Nur dort, wo ein Übersehen der Europapolitik innerhalb der Fachpolitik droht oder wo die Arbeit verschiedener Arbeitskreise aufeinander abgestimmt werden muss, sind Koordinierungsstellen zwischengeschaltet. Überall sonst wurde die koordinierende Tätigkeit dezentraler Stellen in ihrem jeweiligen Fachgebiet auf die Europapolitik ausgeweitet, so die der Wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros, der Obleute, der AK-Koordinatoren und der Fraktionsreferenten.

Wenngleich sich die übergreifenden Koordinierungs- und Monitoringverfahren noch in der Etablierungsphase befinden, ist doch die Stoßrichtung klare erkennbar, Europapolitik als Querschnittsaufgabe zu behandeln. Gerade die Organisation des Kommunikationsflusses zwischen Verbindungsbüroreferenten und Fraktion zeigt dies sehr anschaulich. Europapolitik „in Reinform als Querschnittsaufgabe“ zu behandeln (Beichelt 2009: 271) kann sich also keineswegs nur in der Etablierung der Parlamentarischen Geschäftsführung als zentrale Schnittstelle zwischen Verbindungsbüromitarbeitern und Fraktion niederschlagen, wie Beichelt (2009) mit Blick auf die CDU/CSU-Fraktion schreibt, sondern gerade auch in einem dezentralen Modell wie dem der Grünen<sup>16</sup>. Im Vergleich zu einer zentralen Schnittstelle bleibt hier die Autonomie der einzelnen Fachpolitiker gewahrt, ohne dass es zu zeitlichen Verzögerungen in der Informationsübermittlung kommt, da keine Zwischeninstanz eingeschaltet wird. Eine gewisse Vorbeugung gegen Übermittlungspressen bietet die gleichzeitige Information des jeweiligen AK-Koordinators, der zugleich in die Schwerpunktsetzung der Fraktion eingebunden ist und so das Mainstreaming der Europapolitik, also ihre Berücksichtigung in allen Fachbereichen, im Blick behalten kann.

---

<sup>16</sup> Beichelts (2009: 271f) Bewertung beruht allein auf der Frage, wie die Bundestagsfraktionen den Kontakt zu ihren Mitarbeitern in Brüssel organisiert haben. Demnach ist in der Unionsfraktion die Parlamentarische Geschäftsführung die zentrale Schnittstelle, in der SPD-Fraktion der Stellvertretende Fraktionsvorsitz mit thematischer Zuständigkeit für Europapolitik, bei FDP wie Linksfraktion ein Stellvertretender Fraktionsvorsitzender oder AK-Vorsitzender mit außenpolitischer Zuständigkeit.

#### 4.4 Einflussnahme auf der europäischen Ebene

Gemäß den Hypothesen über die Europäisierung einer Bundestagsfraktion ist nicht zu erwarten, dass die Fraktion als Gesamtes Vorkehrungen getroffen hat, um politischen Einfluss direkt auf der EU-Ebene ausüben zu können. Der Europäisierungsmechanismus greift hier nicht, da entsprechende Maßnahmen nicht der Zielverfolgung im institutionell bedingten Umfeld dienen.

Tatsächlich liefern die Interviews, in denen gezielt nach entsprechenden Aktivitäten und Zuständigkeiten gefragt wurde, keinerlei Hinweise, dass in dieser Hinsicht fraktionsumfassend systematisch vorgegangen wird. Referenten der Fraktion bieten zwar Hilfestellung im Kontaktknüpfen zu politischen Akteuren der EU-Ebene. Gezielte Lobby-Aktivitäten gegenüber der Europäischen Kommission oder dem Rat der EU anzuregen, zu fördern oder zu unterstützen, gehört dagegen nicht zu ihren Aufgaben. Dies gilt gleichermaßen für die Referenten in Berlin und im Verbindungsbüro wie für den Koordinator der Europagruppe. Es lässt sich also klar feststellen, dass eine Koordination politischer Einflussversuche durch Bundestagsabgeordnete innerhalb der Fraktion nicht stattfindet: „Sowas kann man nicht koordinieren und wird auch nicht koordiniert.“ (Ref. Fraktion 1) Dieser Befund bedeutet aber keineswegs, dass es innerhalb der Fraktion keine Ambitionen gibt, direkte Kontakte zur Kommission auch dazu zu nutzen, politische Positionen im persönlichen Gespräch kundzutun. Abgeordnete, die entsprechende Kontakte pflegen, tun dies durchaus. Ein befragtes Fraktionsmitglied sprach offen darüber, seine Kontakte gut genutzt zu haben – sagte aber auch, dass dies innerhalb der Fraktion nicht die Regel sei: „Aber das gibt es nicht regelmäßig und häufig, also das ist unterschiedlich, glaube ich.“ (MdB 2)

Deutlich wurde auch, dass das direkte Gespräch mit Kommissionsmitarbeitern als *zusätzliche* Möglichkeit der politischen Wirkung gesehen wird – neben der parlamentarischen Arbeit im Bundestag. Diese wird klar als vorrangig betrachtet, was die theoretische Annahme der Bundestagsfraktion als institutionell bedingtem Akteur bestätigt.

„[D]ie Kontrolle der Regierung, das ist erst mal der Hauptweg. Und dann gibt es natürlich auch noch die Kollegen im Europäischen Parlament, mit denen man reden kann, also das ist dann sozusagen die europäische Ebene, die selber auch Einfluss hat. Und natürlich gibt es dann auch die dritte Möglichkeit, dass man schon frühzeitig die Position, die man hat, hier in Brüssel kundtut [...]“ (Ref. Verbindungsbüro Brüssel)

Hinweise auf eine Zusammenarbeit bei Kommissionskontakten mit Parlamentariern aus anderen Mitgliedsstaaten ergaben sich in den Interviews nicht.

Neben informellen Einflussversuchen gibt es für nationale Parlamente und Parlamentarier mit den Konsultationen der Kommission auch eine formale Möglichkeit, sich in den europäischen Rechtsetzungsprozess einzubringen. Diese Option wird in der grünen Fraktion von einzelnen MdB oder Gruppen von Abgeordneten gelegentlich genutzt, und auch die Gesamtfraktion nimmt ab und an auf Betreiben eines Mitglieds an solchen Verfahren teil. Die Initiative geht dabei nicht von einer koordinierenden Stelle aus, sondern vom individuellen MdB. Es hängt also von der Kenntnis und vom Engagement Einzelner ab, ob diese Möglichkeit genutzt wird. Angesichts der positiven Einschätzung, die die befragten Europa-Fachpolitiker von der Teilnahme an Konsultationen der Kommission haben, ist hier durchaus noch Potenzial für eine systematischere Nutzung vorhanden.

## 5. Fazit und Ausblick

Resümierend ist festzustellen, dass Europäisierung in allen erwarteten Bereichen stattgefunden hat. Die Hypothesen wurden durch die Analyse bestätigt. Der auf der Grundlage einer institutionalistischen Auffassung der Bundestagsfraktionen konzipierte theoretische Ansatz hat sich als schlüssig erwiesen. In der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ein starker Ausbau der EU-Expertise stattgefunden. Ein vielfältiges europapolitisches Kontaktnetz wurde und wird entwickelt. Für die Koordination der EU-Politik wurde ein überwiegend dezentral geprägtes Modell geschaffen, um Europapolitik in allen Fachbereichen zu verankern. Einzelne Parlamentarier haben darüber hinaus ihren Aktivitätsbereich auf die EU-Ebene ausgeweitet, indem sie persönliche Kontakte zur Kommission auch dazu nutzen, ihren Standpunkt außerhalb des formalen parlamentarischen Verfahrens anzubringen.

Wie es die institutionalistische Hypothese erwarten lässt, findet ein solches Vorgehen jedoch nicht auf breiter Basis der Fraktion und nicht koordiniert, sondern rein individuell statt. Die festgestellten Europäisierungsschritte in den Dimensionen Expertise, Informationskanäle und fraktionsinterne Koordinierung tragen dazu bei, die Handlungsfähigkeit der Fraktion in einer von der europäischen Integration betroffenen Umwelt, insbesondere gegenüber einer europäisierten Bundesregierung, zu wahren. Sie zielen darauf, die eigene Binnenorganisation aufrechtzuerhalten sowie die Aufgaben der Kontrolle, der Gesetzgebung und der Repräsentation weiterhin wahrnehmen zu können, was gemäß der ersten erkenntnisleitenden Hypothese ohne entsprechende Maßnahmen gefährdet wäre. Wie in der zweiten Hypothese benannt, spielen für die Implementierung von Europäisierungsmaßnahmen einflussreiche Akteure innerhalb von Fraktion und Partei eine bedeutende Rolle. Dazu zählen zum einen Akteure der politischen Ebene mit Erfahrung in beiden parlamentarischen Arenen, die sich für die Etablierung europafähigkeitsfördernder Mittel etwa durch die Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs einsetzen. Neben profilierten Politikern haben sich auch engagierte Fraktionsangestellte als Beförderer der Europäisierung herausdestilliert. Ihre Durchsetzungsfähigkeit hängt stark von der Unterstützung aus der politischen Ebene ab, was wiederum für die Bedeutung von „norm entrepreneurs“ (Börzel/Risse 2003) spricht. Die Bestätigung beider Hypothesen bietet nun verschiedene Anknüpfungsmöglichkeiten für die Präzisierung des Theorieansatzes sowie für weitere Studien. Beides soll im Folgenden angerissen werden.

Die Gewichtung der beiden Hypothesen lässt sich im Anschluss an diese Studie genauer betrachten. Zum einen können Fallstudien durchgeführt werden, um zu einer exakteren Einschätzung des Ausmaßes der Wirkung von Normunternehmern zu kommen. Das Ziel einer solchen Studie wäre es, zu ermitteln, wie sich normunternehmerisches Handeln einzelner Personen auswirkt. Bei den Grünen könnte sich beispielsweise das jüngst eingerichtete „Zukunftsforum Europa“ der Bundespartei, an dem Parteimitglieder aus EP, Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und der BAG Europa teilnehmen, als Expertenrunde erweisen, aus der persönliches Engagement und innovative Ansätze zur Europäisierung von Fraktion und Partei hervorgehen. Zum anderen bietet sich ein vergleichendes Design an. Mit einer komparativen Studie, die mehrere Bundestagsfraktionen einbezieht, kann die Bedeutung von Normunternehmern für die Europäisierung aller Bundestagsfraktionen ermittelt werden. Das Ergebnis könnte zu einer veränderten theoretischen Gewichtung der relevanten Variablen führen.

Möglicherweise steht am Ende empirisch und theoretisch motivierter Erwägungen die Erkenntnis, dass „norm entrepreneurs“ als intervenierende Variable auf den Europäisierungsmechanismus „Erhalt der Handlungsfähigkeit“ einwirken – als Verstärkung oder Aktivierungsmechanismus für den Hauptmechanismus. Damit wird bestätigt, wie Kropp et al. (2012: 236) nachdrücklich einfordern, dass auch der „Mikroebene – das heißt Akteursmerkmalen wie Rollenorientierungen und Rollenerwartungen – in institutionentheoretisch geleiteten Analysen zur Europäisierung nationaler Parlamente eine größere Beachtung“ zukommen muss.

Die Analyse hat gezeigt, dass dem Tatendrang europapolitisch engagierter Akteure starke Beharrungskräfte entgegenstehen können, die auf Autonomiestreben gründen – was bei einer institutionalistischen Betrachtungsweise nicht überrascht. Eingriffe in den fachpolitisch definierten Zuständigkeitsbereich eines Arbeitskreises etwa, wie ein übergeordnetes Monitoring, haben (nur) dann eine größere Chance auf Wirksamkeit, wenn sie von einer Stelle mit besonderer Autorität aus erfolgen. Anpassungen konservativer Organisationen wie Fraktionen an ihre Umwelt erfolgen in der Regel in kleinstmöglichem Umfang und ohne grundlegende Reformen. So ist zu erklären, weshalb der Informationskanal der grünen Fraktion zu den MdEP bislang wenig institutionalisiert ist. Beziehungen zu Mitgliedern anderer Parlamente liegen traditionell im persönlichen Ermessen jedes Fraktionsmitglieds. Eine stärkere Institutionalisierung und zentrale Steuerung käme einem Eingriff in die persönliche Zuständigkeit. Sie erscheint daher voraussetzungsvoller und weniger wahrscheinlich als beispielsweise die Schaffung neuer Stellen im Brüsseler Verbindungsbüro oder die Einbeziehung der europapolitischen Vorausschau in die Schwerpunktsetzung der Fraktion.

Derselbe Sachverhalt liefert auch Anhaltspunkte für eine mögliche weitere Europäisierungsdimension neben den vier in diesem Beitrag untersuchten. Ungeachtet der oben beschriebenen Beharrungskräfte hat die Studie gezeigt, dass es durch Anpassungsleistungen an die Folgen der europäischen Integration zu Verschiebungen im Kräfteverhältnis innerhalb von Parlamentsfraktionen kommen kann. Durch die Etablierung von Koordinierungsverfahren, die stärker zentral ausgerichtet sind als es beim vorliegenden Untersuchungsgegenstand der Fall ist, können vormals sehr eigenständig agierende fachpolitische Bereiche einen Teil ihrer Handlungsautonomie verlieren. Werden beispielsweise europapolitische Agenden für die Gesamtfraktion zentral ausgearbeitet, so stärkt dies je nach Ansiedlungsort der zentralen Instanz die Kompetenzen etwa des Fraktionsvorstandes. Ähnliche Effekte sind bei der Schaffung einer zentralen Informationsschnittstelle zwischen Fraktion und Verbindungsbüro etwa bei der Parlamentarischen Geschäftsführung zu erwarten. Das Ausmaß der Kräfteverschiebungen durch Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb von Parlamentsfraktionen infolge der Integration wäre für weitere Studien eine interessante zusätzliche Fragestellung<sup>17</sup>

Die Analyse liefert darüber hinaus Hinweise darauf, welche Faktoren für die Ausprägung der abhängigen Variablen relevant sind. Diese Informationen könnten zunächst für ein erweitertes Untersuchungsdesign, das mehrere Fraktionen einbezieht, verwendet werden. Auf

---

<sup>17</sup> Ein vergleichbarer Europäisierungseffekt ist etwa in der europapolitischen Koordinierung der dänischen Regierung festzustellen, deren zentrale Steuerung in einem Spannungsverhältnis zur dänischen Verwaltungstradition mit ihren stark eigenständig arbeitenden Ressorts steht (vgl. von Dösenrode 1998: 57).



diese Weise kann ihre Bedeutung als Drittvariablen genauer eruiert werden. Stellt sich heraus, dass sie auf die Auswirkung der unabhängigen Variablen einen entscheidenden Einfluss haben, dass also eine Interaktion vorliegt (vgl. Diekmann 2005: 602ff), ist der Theorieansatz mit ihnen weiter zu präzisieren. Als Drittvariable scheint zum einen die Größe einer Fraktion relevant. In einer kleinen Fraktion wie der grünen Bundestagsfraktion kennen sich die Abgeordneten gegenseitig recht gut, was die dezentrale Abstimmung auch europapolitischer Positionen im direkten Kontakt zwischen den Abgeordnetenbüros erleichtert. Auch die dezentrale Schnittstelle zwischen Fraktionsmitarbeitern im Brüsseler Verbindungsbüro und den MdB-Büros bietet sich in einer kleinen Fraktion eher an, und in einer kleinen Partei bestehen vermutlich mehr persönliche Bekanntschaften zwischen MdB und MdEP, weshalb eine zentrale Koordinierung entsprechender Kontakte weniger zwingend erscheinen mag. Die Größe einer Fraktion korreliert zudem mit ihren finanziellen Mitteln: Wächst eine Fraktion von einer Wahlperiode auf die andere, so ist ein Stellenausbau eher finanzierbar. Neben dem Größenaspekt dürfte auch die Einstellung zur europäischen Integration in der Programmatik einer Partei und Fraktion als Drittvariable relevant sein. Wo eine Vertiefung und Ausdehnung der Integration für wünschenswert gehalten wird, wird Europapolitik vermutlich eher als Querschnittsaufgabe betrachtet, an der sich alle Fachpolitiker in ihrem jeweiligen fachpolitischen Bereich beteiligen. Dies begünstigt – so die Annahme – ein dezentrales Koordinierungsmodell. Und nicht zuletzt ist zu erwarten, dass die Einstellung zur europäischen Integration einen Einfluss auf die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Europäisierung einer Fraktion hat, was wohl im Vergleich verschiedener EU-Staaten am deutlichsten werden dürfte, da alle großen deutschen Parteien generell pro-europäisch eingestellt sind (vgl. Poguntke 2008).

In einer vergleichenden Studie mit mehreren Bundestagsfraktionen wäre über die bereits angesprochenen Faktoren hinaus auch zu klären, ob die Zugehörigkeit zu Mehrheit oder Opposition eine Rolle für deren Europäisierung spielt. Oppositionsmitglieder könnten, so ist zu vermuten, ein stärkeres Interesse an unabhängigen Informationskanälen haben als Koalitionsparteien. Anzunehmen ist darüber hinaus eine gewisse wechselseitige Beeinflussung der Fraktionen. Da davon ausgegangen wird, dass sich die Bundestagsfraktionen aus dem Grund europäisieren, dass sie ihre Handlungsfähigkeit erhalten wollen, sind Wechselwirkungen etwa in Form von Nachahmung denkbar. Ähnlich wie es im Bereich der negativen Integration zu regulativem Wettbewerb zwischen nationalen Akteuren kommen kann (vgl. Knill/Lehmkuhl 1999), ist auch in der Europäisierung der Fraktionen des Bundestages ein Wettbewerb um die Handlungsfähigkeit und damit die effektivste Europäisierung plausibel vorstellbar. Mit der besten EU-Expertise, den ergiebigsten Informationskanälen und den effektivsten Koordinierungsmechanismen ausgerüstet zu sein, ist ein relevanter Faktor für die parlamentarische Beschäftigung mit Europapolitik im Kontext des Parteienwettbewerbs.<sup>18</sup> Insofern ist zu mutmaßen, dass Europäisierungsschritte einer Fraktion nicht ohne Wirkung auf andere Fraktionen sind. In eine vergleichende Studie der Europäisierung mehrerer Fraktionen wäre zur Eruiierung dieses Faktors eine zeitliche Dimension mit einzubeziehen.

---

<sup>18</sup> Immer in Rechnung zu stellen ist freilich die geringe Wahlkampf-Relevanz von EU-Themen (vgl. Kapitel 2.3).

Darüber hinaus eröffnet die vorliegende Arbeit die Möglichkeit, Fraktionen in den Parlamenten anderer EU-Staaten zu untersuchen. Der Europäisierungsansatz wurde zwar originär für die Analyse der Bundestagsfraktionen entwickelt. Grundsätzlich ist er allerdings auf die Fraktionen anderer mitgliedstaatlicher Parlamente übertragbar: Sie sind alle insofern in einer vergleichbaren Situation, als *indirekten* Auswirkungen der EU ausgesetzt sind. Untersuchungen der europapolitischen Vernetzung, Expertise und internen Koordinierung würden aller Voraussicht nach die institutionelle Bedingtheit der Europäisierung bestätigen. Schließlich unterscheiden sich die effektiven Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente gegenüber ihrer Regierung deutlich voneinander (vgl. Janowski 2005, Maurer/Wessels 2001). In komparativen Studien kann darüber hinaus der Einfluss einer möglichen Drittvariable im europäischen Vergleich eruiert werden: die Einstellung einer Partei zur europäischen Integration. Während im Bundestag ausgesprochen integrations skeptische Parteien nicht vertreten sind, bieten andere Mitgliedsstaaten hier weitere Einsichten. Denkbar ist, dass Fraktionen mit integrations skeptischem Hintergrund eine stärker zentral organisierte europapolitische Koordinierung implementiert haben, um ablehnende Positionen gegenüber der Exekutive wirksamer vertreten zu können.

Mit allen hier vorgeschlagenen anknüpfenden Forschungsarbeiten würden weitere aufschlussreiche Beiträge zur hochaktuellen Forschung im Bereich des Mehrebenenparlamentarismus geleistet. Durch die Eingliederung in das europäische Gesamtsystem erfahren nationalstaatliche parlamentarische Systeme einen Wandel, der sich einerseits an den institutionellen Strukturen und an Verschiebungen im Kräfteverhältnis verschiedener politischer Akteure messen lässt und andererseits aus demokratietheoretischen Gründen Fragen hinsichtlich der demokratischen Legitimation des Regierens innerhalb des Mehrebenensystems aufwirft. Die mit dieser Studie vorgelegten Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass sich dieser Wandel innerhalb der Bundesrepublik nicht auf den Bundestag als Institution beschränkt, sondern dass auch eine Fraktion sich an die veränderten Bedingungen ihrer Umwelt anpasst. Insofern schließt diese Arbeit nicht nur eine Lücke in der weiter wachsenden Europäisierungsliteratur, sondern ergänzt auch das umfassendere Forschungsthema des entstehenden europäischen Mehrebenenparlamentarismus um einen relevanten Aspekt.

## 6. Literaturverzeichnis

- Abels, Gabriele, 2009:** Citizens' deliberations and the EU democratic deficit. Is there a model for participatory democracy?, in: Tübinger Arbeitspapiere zur Integrationsforschung, TAIF 1 (2009).
- Abels, Gabriele/ Eppler, Annegret (Hg.), 2012:** Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktion von Parlamenten im politischen System der EU, Baden-Baden.
- Auel, Kathrin, 2005:** Introduction: The Europeanisation of Parliamentary Democracy, in: Journal of Legislative Studies, 11(3/4), S. 303-318.
- Auel, Kathrin, 2006a:** Europäisierung nationaler Politik, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, S. 293-318.
- Auel, Kathrin, 2006b:** The Europeanisation of the German Bundestag: Institutional Change and Formal Adaptation, in: German Politics, 15(3), S. 249-268.
- Auel, Kathrin/Benz, Arthur, 2005:** The Politics of Adaptation: The Europeanisation of National Parliamentary Systems, in: Journal of Legislative Studies, 11(3/4), S. 372-393.
- Axt, Heinz-Jürgen/Milososki, Antonio/Schwarz, Oliver, 2007:** Europäisierung - ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen, in: Politische Vierteljahresschrift, 48(1), S. 136-149.
- Beichelt, Timm, 2009:** Deutschland und Europa: die Europäisierung des politischen Systems. Wiesbaden.
- Benz, Arthur, 2004:** Path-Dependent Institutions and Strategic Veto Players: National Parliaments in the European Union, in: West European Politics, 27(5), S. 875-900.
- Benz, Arthur, 2005:** Conclusion: Linking Research on Europeanisation and National Parliaments, in: Journal of Legislative Studies, 11(3/4), S. 208-521.
- Benz, Arthur/Broschek, Jörg, 2010:** Nationale Parlamente in der europäischen Politik. Funktionen, Probleme und Lösungen. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07084.pdf> (letzter Zugriff: 01.10.2010).
- Beyme, Klaus von, 2004:** Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Binder, Tanja/Wüst, Andreas M., 2004:** Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979 - 1999, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17 (2004), S. 38-45.
- Börzel, Tanja, 2000:** Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung?, in: Politische Vierteljahresschrift, 41(2), S. 225-250.
- Börzel, Tanja, 2003:** Shaping and Taking EU Policies: Member State Responses to Europeanization, in: Queen's Papers on Europeanisation, 2 (2003). <http://www.qub.ac.uk/schools/SchoolofPoliticsInternationalStudiesandPhilosophy/FileStore/EuropeanisationFiles/Filetoupload,38412,en.pdf> (letzter Zugriff: 02.02.2010).

- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas, 2003:** Conceptualizing the Domestic Impact of Europe, in: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio (Hg.): The Politics of Europeanization. Oxford, S. 57-80.
- Brosius-Linke, René, 2009:** Der Europaausschuss der 16. Wahlperiode: starke Struktur, unambitioniert in eigenen Rechten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 40(4), S. 731-746.
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2008:** Für mehr Leidenschaft! Die EU und der Bundestag. Berlin.
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2009a:** Organigramm der 17. Wahlperiode. [http://www.gruene-bundestag.de/cms/fraktion/dokbin/134/134413.organigramm\\_17\\_wp.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/fraktion/dokbin/134/134413.organigramm_17_wp.pdf) (letzter Zugriff: 30.03.2011).
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2009b:** Vorläufige Geschäftsordnung. 17. Wahlperiode, beschlossen am 06.10.2009.
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, o.J.:** Wie arbeitet eine Fraktion? [http://www.gruene-bundestag.de/cms/fraktion/dok/289/289274.wie\\_arbeitet\\_eine\\_fraktion.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/fraktion/dok/289/289274.wie_arbeitet_eine_fraktion.pdf) (letzter Zugriff: 28.10.2010).
- Bundesverfassungsgericht, 2009:** Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon mit Grundgesetz vereinbar; Begleitgesetz verfassungswidrig, soweit Gesetzgebungsorganen keine hinreichenden Beteiligungsrechte eingeräumt wurden. BVerfG Nr. 72/2009, Karlsruhe.
- Bündnis 90/Die Grünen, 2009:** Debatte zur Zukunft der europäischen Integration führen. Beschluss auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock, 24.-25.10.2009. [http://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag\\_europa/Beschluesse/Debatte\\_zur\\_Zukunft\\_der\\_europaeischen\\_Integration\\_fuehren\\_\\_Beschluss\\_BDK\\_Rostock\\_Oktober\\_2009.pdf](http://www.gruene-bag-europa.de/userspace/BV/bag_europa/Beschluesse/Debatte_zur_Zukunft_der_europaeischen_Integration_fuehren__Beschluss_BDK_Rostock_Oktober_2009.pdf) (letzter Zugriff: 15.10.2010).
- Carter, Elisabeth/Luther, Kurt R./Poguntke, Thomas, 2008:** European integration and internal party dynamics, in: Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth/Ladrech, Robert/Luther, Kurt R. (Hg.): The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaptation. London/New York, S.1-27.
- Cowles, Maria G./Caporaso, James/Risse, Thomas (Hg.), 2001:** Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change. Ithaca u.a.
- Crum, Ben/Fossum, John E., 2009:** The Multilevel Parliamentary Field. A Framework for Theorizing Representative Democracy in the EU, in: European Political Science Review, 1(2), S. 249-271.
- Deutscher Bundestag, 2005:** Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs der Abgeordneten Michael Roth (Heringen), Günter Gloser, Dr. Angelica Schwall-Düren, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Rainer Steenblock, Volker Beck (Köln), Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 15/4925, 15/5492 – Entwurf eines Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des

- Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union. Drucksache 15/5493. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/054/1505493.pdf> (letzter Zugriff: 14.12.2009).
- Diekmann, Andreas, 2005:** Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek.
- Dosenrode, Soren Z. von, 1998:** Denmark: The Testing of a Hesitant Membership, in: Hanf, Kenneth/Soetendorp, Ben (Hg.): Adapting to European Integration. Small States and European Integration. London/New York, S. 52-68.
- European Centre for Parliamentary Research and Documentation, 2002:** European Affairs Committees. The Influence of National Parliaments on European Policies. An Overview. <https://ecprd.secure.europarl.europa.eu/ecprd/pub/publication.do?start=10> (letzter Zugriff: 06.10.2010).
- Evera, Stephen van, 1997:** Guide to Methods for Students of Political Science. Ithaca; London.
- Featherstone, Kevin, 2003:** Introduction: In the Name of Europe, in: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio (Hg.): The Politics of Europeanization. Oxford, S. 3-26.
- Follesdal, Andreas/Hix, Simon, 2005:** Why There is a Democratic Deficit in the European Union: A Response to Majone and Moravcsik. <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-05-02.pdf> (letzter Zugriff: 17.11.2010).
- Freundorfer, Clarissa, 2008:** Die Beteiligung des Deutschen Bundestages an der Sekundärrechtsetzung der Europäischen Union. Frankfurt a.M.
- Fuchs, Michael, 2004:** Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 35(1), S. 3-24.
- Goetz, Klaus H./Meyer-Sahling, Jan-Hinrik, 2008:** The Europeanisation of national political systems: Parliaments and executives, in: Living Reviews in European Governance, 3(2). <http://www.livingreviews.org/lreg-2008-2> (letzter Zugriff: 27.11.2009).
- Graziano, Paolo/Vink, Marteen P. (Hg.), 2007:** Europeanization: New Research Agendas. New York u.a.
- Große Hüttmann, Martin/Knodt, Michèle, 2000:** Die Europäisierung des deutschen Föderalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 52-53, S. 31-38.
- Grünhage, Jan, 2007:** Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Baden-Baden.
- Haas, Melanie, 2008:** Statt babylonischer Gefangenschaft eine Partei für alle Fälle? Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden, S. 101-133.
- Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C. R., 1996:** Political Science and the Three New Institutionalisms, in: MPIfG Discussion Paper, 6. [http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp96-6.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp96-6.pdf) (letzter Zugriff: 02.02.2010).
- Hansen, Troels B./Scholl, Bruno, 2002:** Europeanization and Domestic Parliamentary Adaption - A Comparative Analysis of the Bundestag and the House of Commons, in:

- European Integration Online Papers, 6(15). <http://eiop.or.at/eiop/texte/2002-015a.htm> (letzter Zugriff: 19.11.2009).
- Haverland, Markus, 2007:** Methodology, in: Graziano, Paolo/Vink, Marteen P. (Hg.): Europeanization: New Research Agendas. New York u.a., S. 59-70.
- Héritier, Adrienne, 2001:** Differential Europe. The European Union Impact on National Policymaking, in: Héritier, Adrienne/Kerwer, Dieter/Knill, Christoph/Lehmkuhl, Dirk/Teutsch, Michael/Douillet, Anne-Cécile (Hg.): Differential Europe. The European Union Impact on National Policymaking. Lanham, S. 1-21.
- Hesse, Joachim/Ellwein, Thomas, 2004:** Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland (Band 1). Berlin.
- Hix, Simon/Goetz, Klaus H., 2000:** Introduction: European integration and national political systems, in: West European Politics, 23(4), S. 1-26.
- Hölscheidt, Sven, 2001:** The German Bundestag: From Benevolent 'Weakness' Towards Supportive Scrutiny, in: Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (Hg.): National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?. Baden-Baden, S. 117-146.
- Holzacker, Ronald, 2005:** The Power of Opposition Parliamentary Party Groups in European Scrutiny, in: Journal of Legislative Studies, 11(3/4), S. 428-445.
- Holzacker, Ronald, 2007:** Parliamentary Scrutiny, in: Graziano, Paolo/Vink, Marteen P. (Hg.): Europeanization: New Research Agendas. New York u.a., S. 141-153.
- Ismayr, Wolfgang, 2000:** Der Deutsche Bundestag. Opladen.
- Ismayr, Wolfgang, 2001:** Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Janowski, Cordula Agnes, 2005:** Die nationalen Parlamente und ihre Europa-Gremien. Legitimationsgarant der EU?. Baden-Baden.
- Knill, Christoph, 2009:** Europeanisation and its challenges, in: Vital Questions. The Contribution of European Social Sciences, S. 44-46. <http://www.esf.org/publications/science-position-papers.html> (letzter Zugriff: 20.10.2010).
- Knill, Christoph, 2010:** Europäisierung nationaler Politik - Konzepte, Theorien und künftige Herausforderungen, eigene Notizen. Tübingen, 30.06.2010.
- Knill, Christoph/Lehmkuhl, Dirk, 1999:** How Europe Matters. Different Mechanisms of Europeanization, in: European Integration Online Papers, 3 (7). <http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-007a.htm> (letzter Zugriff: 19.11.2009).
- Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel, 2004:** Politik und Regieren in Deutschland. Paderborn.
- Kranenpohl, Uwe, 1999:** Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994. Opladen; Wiesbaden.
- Krimphove, Petra, 2007:** "Alles hier ist neu.", in: Das Parlament, 39. <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/39/Kehrseite/17306652.html> (letzter Zugriff: 21.01.2010).



- Kropp, Sabine/Buche, Jonas/Buzogány, Aron, 2012:** Parlamentarisch-exekutive Steuerung in europäisierten Fachpolitiken – ein Blick auf die Mikroebene, in: Abels, Gabriele/Eppler, Annegret (Hg.): Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktion von Parlamenten im politischen System der EU, Baden-Baden, S. 227-239.
- Ladrech, Robert, 2002:** Europeanization and Political Parties: Towards a Framework for Analysis, in: Party Politics, 8(4), S. 389-403.
- Ladrech, Robert, 2007:** National Parties and European Governance: The Consequences of "Missing in Action", in: West European Politics, 30(5), S. 945-960.
- Ladrech, Robert, 2009:** Europeanization and Political Parties, in: Living Reviews in European Governance, 4(1). <http://www.livingreviews.org/lreg-2009-1> (letzter Zugriff: 27.11.2009).
- Ladrech, Robert, 2010:** Europeanization and National Politics. New York.
- Lodge, Martin, 2006:** The Europeanisation of Governance – Top Down, Bottom Up or Both?, in: Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): The Europeanisation of Governance. Baden-Baden, S. 59-76.
- Lösche, Peter, 2000:** Der Bundestag – kein "trauriges", kein "ohnmächtiges" Parlament, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31(4), S. 923-936.
- Majone, Giandomenico, 2000:** The Credibility Crisis of Community Regulation, in: Journal of Common Market Studies, 38(2), S. 273-302.
- Maurer, Andreas, 2001:** National Parliaments in the European Architecture: From Latecomers' Adaptation towards Permanent Institutional Change?, in: Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (Hg.): National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?. Baden-Baden, S. 27-76.
- Maurer, Andreas, 2002:** Nationale Parlamente in der Europäischen Union – Herausforderungen für den Konvent, in: Integration, 25(1), S. 2034.
- Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (Hg.), 2001:** National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?. Baden-Baden.
- Moravcsik, Andrew, 2002:** In Defense of the "Democratic Deficit". Reassessing the Legitimacy of the European Union, in: Journal of Common Market Studies, 40(4), S. 603-634.
- Niedermayer, Oskar, 2003:** The Party System: Structure, Policy, and Europeanization, in: Dyson, Kenneth/Goetz, Klaus H. (Hg.): Germany, Europe, and the Politics of Constraint. Oxford u.a., S. 129-146.
- Niedermayer, Oskar, 2005:** Europa als Randthema: Der Wahlkampf und die Wahlkampfstrategien der Parteien, in: Niedermayer, Oskar/Schmitt, Hermann (Hg.): Europawahl 2004. Wiesbaden, S. 39-75.
- Oertzen, Jürgen von, 2006:** Das Expertenparlament. Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente. Baden-Baden.

- Olsen, Johan P., 2002:** The Many Faces of Europeanization, in: Arena Working Paper, 2. [http://www.arena.uio.no/publications/wp02\\_2.htm](http://www.arena.uio.no/publications/wp02_2.htm) (letzter Zugriff: 09.02.2010).
- Poguntke, Thomas, 2008:** Europeanization in a consensual environment? German political parties and the European Union, in: Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth/Ladrech, Robert/Luther, Kurt R. (Hg.): The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaptation. London; New York, S. 108-133.
- Probst, Lothar, 2007:** Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Bonn, S. 173-188.
- Radaelli, Claudio, 2003:** The Europeanization of Public Policy, in: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio (Hg.): The Politics of Europeanization. Oxford, S. 27-56.
- Radaelli, Claudio M., 2004:** Europeanisation: Solution or problem?, in: European Integration Online Papers, 8(16). <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> (letzter Zugriff: 19.11.2009).
- Radaelli, Claudio M./Pasquier, Romain, 2007:** Conceptual Issues, in: Graziano, Paolo/Vink, Marteen P. (Hg.): Europeanization: New Research Agendas. New York u.a., S. 35-45.
- Raunio, Tapio, 2005:** Holding Governments Accountable in European Affairs: Explaining Cross-National Variation, in: Journal of Legislative Studies, 11(3/4), S. 319-342.
- Raunio, Tapio, 2009:** National Parliaments and European Integration: What We Know and Agenda for Future Research, in: Journal of Legislative Studies, 15(4), S. 317-334.
- Raunio, Tapio/Hix, Simon, 2000:** Backbenchers learn to fight back: European integration and parliamentary government, in: West European Politics, 23(4), S. 142-168.
- Saalfeld, Thomas, 2003:** The Bundestag: Institutional Incrementalism and Behavioural Reticence, in: Dyson, Kenneth/Goetz, Klaus H. (Hg.): Germany, Europe, and the Politics of Constraint. Oxford u.a., S. 73-96.
- Schächtelin, Tobias, 2009:** Die baden-württembergischen Kommunen in der Europäischen Union, in: Frech, Siegfried/Große Hüttmann, Martin/Weber, Reinhold (Hg.): Handbuch Europapolitik. Stuttgart, S. 154-172.
- Schäfer, Armin, 2006:** Die demokratische Grenze output-orientierter Legitimation, in: Integration, 3, S. 187-200.
- Scharpf, Fritz, 2009:** Legitimacy in the Multilevel European Polity. <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-1.pdf> (letzter Zugriff: 12.10.2010).
- Schimank, Uwe, 2007:** Neoinstitutionalismus, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 161-175.
- Schöne, Helmar 2009:** Fraktionsmitarbeiter - Die unsichtbare Macht im Parlamentsalltag?, in: Schöne, Helmar/Blumenthal, Julia von (Hg.): Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag. Baden-Baden, S. 155-174.

- Schüttemeyer, Suzanne S., 1999:** Fraktionen und ihre Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik, in: Helms, Ludger (Hg.): Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich. Opladen, S. 39-66.
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm/Garwich, Andrea, 2007:** Grundzüge des politischen Systems Deutschlands. München.
- Spöhrer, Jochen, 1999:** Zwischen Demokratie und Oligarchie: Grüne und PDS im Deutschen Bundestag. Baden-Baden.
- Sprungk, Carina, 2012: Parlamentarismus** im europäischen Mehrebenensystem. Zum Wandel von Rollenanforderungen an nationale Parlamente in EU-Angelegenheiten, in: Abels, Gabriele/Eppler, Annegret (Hg.): Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktion von Parlamenten im politischen System der EU, Baden-Baden, S. 211-226.
- Sterzing, Christian/Tidow, Stefan, 2001:** Die Kontrolle der deutschen Europapolitik durch den EU-Ausschuss des Bundestags – Bilanz und Reformpotenziale, in: Integration, 24(3), S. 274-288.
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich, 2005:** Das neue deutsche Regierungssystem. Wiesbaden.
- Töller, Annette, 2004:** Dimensionen der Europäisierung - Das Beispiel des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 35(1), S. 25-50.
- Vink, Marteen P./Graziano, Paolo, 2007:** Challenges of a New Research Agenda, in: Graziano, Paolo/Vink, Marteen P. (Hg.): Europeanization: New Research Agendas. New York u.a., S. 3-20.
- Vollrath, Sven, 2008:** Das Verbindungsbüro des Deutschen Bundestags in Brüssel, eigene Notizen. Tübingen, 10.12.2008.
- Vollrath, Sven, 2012:** Herausforderungen bei der Umsetzung der neuen Rechte nach dem Vertrag von Lissabon durch den Deutschen Bundestag und die Begleitgesetzgebung, in: Abels, Gabriele/Eppler, Annegret (Hg.): Auf dem Weg zum Mehrebenenparlamentarismus? Funktion von Parlamenten im politischen System der EU, Baden-Baden, S. 177-193.
- Volmer, Ludger, 2009:** Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei - Eine Bilanz. München.
- Wefing, Heinrich, 2009:** Jetzt reden wir mit!, in: Die Zeit, 20.08.2009.
- Weßels, Bernhard, 2003:** Parlamentarier in Europa und europäische Integration: Einstellungen zur zukünftigen politischen Ordnung und zum institutionellen Wandel der Europäischen Union, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen, S. 364-394.
- Winter, Gerd, 2004:** Subsidiarität und Legitimation in der europäischen Mehrebenenverwaltung. <http://www.sfb597.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=7> (letzter Zugriff: 11.04.2011).

## Tübinger Arbeitspapiere zur Integrationsforschung (TAIF)

- Nr. 1 Abels, Gabriele, 2009: Citizens' deliberations and the EU democratic deficit: Is there a model for participatory democracy?
- Nr. 2 Kalata, Jesse, 2009: Europeanizing the Bundeswehr? An Europeanization analysis of „misfit“ between the EU's Security and Defense Policy and German military policy.
- Nr. 3 Schimmang, Beatrice, 2009: Die Erfolgchancen einer europäischen auswärtigen Diplomatie als Beitrag zu einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
- Nr. 4 Klink, Dennis, 2010: Steuerung in der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien. Das Beispiel Segundo Laboratorio de Paz
- Nr. 5 Wilde, Gabriele, 2010: Am Ende des europäischen Verfassungsprozesses: Mehr Demokratie, Partizipation und Legitimation durch den Reformvertrag?
- Nr. 6 Träsch, Jennifer, 2011: Lebensmittelregulierung zwischen Pfadabhängigkeit und Europäisierung. Die ungarische Lebensmittelsicherheitsagentur MÉBiH vor europäischem Hintergrund.
- Nr. 7 Eisele, Celia, 2012: Europa im parlamentarischen Alltag. Die Europäisierung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen